Landeshauptstadt
München
**Stadtkämmerei**

# Die Münchner Stadtkämmerei im 19. und 20. Jahrhundert

# Geschichte der Stadtkämmerei München im 19. und 20. Jahrhundert

*Steuern und Gebühren der Stadt mussten bar gezahlt werden, bis der moderne Überweisungs-verkehr sich durchgesetzt hatte. Die Kassen-halle im Neuen Rathaus, hier ein Bild vor ihrer Zerstörung im Zweiten Weltkrieg, war bis in die 70er Jahre des 20. Jahrhunderts in Gebrauch. Heute dient die historische Halle als Ausstellungsrau m und Galerie im Rathaus.*

IMPRESSUM

**Geschichte der
Stadtkämmerei München
im 19. und 20. Jahrhundert**

**von Christine Rädlinger**
Dr. Christine Rädlinger, geboren in München, studierte Anglistik und Geschichte. Sie lebt als freie Historikerin in München und veröffentlichte mehrere Untersuchungen zur Stadtgeschichte.

Herausgeber:
Landeshauptstadt München
Stadtkämmerei
verantwortlich: Dieter Reiter

Redaktion: Klaus Jungfer
Mitarbeiter: Michael Jobst, Margret König,
Ursula Hoffmann, Dieter Reiter, Claudia Santl
Gestaltung: Atelier Langenfass
Druck: J. Gotteswinter GmbH, München

Die Stadtkämmerei dankt insbesondere dem Stadtarchiv, dem Baureferat und der Stadtsparkasse München für die Hilfe und verständnisvolle Beratung bei der Auffindung und der Bereitstellung von Bildmaterial.

Fotos:
Architekturbüro Gritschneder und Habermann (1), Baureferat (1), Bayerisches Hauptstaatsarchiv (1), Detlef Kansy (17), Münchener Stadtmuseum (6), Olympiapark München (2), Presse- und Informationsamt (20), Stadtsparkasse München (43), Stadtarchiv (18), Stadtkämmerei (6).

## Die Münchner Stadtkämmerei im 19. und 20. Jahrhundert


**Kommunales Vermögen und königlicher Wille** 10

**Grundlagen der kommunalen Finanzverwaltung (1869 bis 1914)** 12

Münchens Großstadtentwicklung 12
Einnahmen und Ausgaben der Stadt 13
Die Entstehung des Finanzreferats 18

**Zeiten wirtschaftlicher Krisen (1914 - 1933)** 28

Der Gemeindehaushalt im 1. Weltkrieg 28
Die schwierigen Inflationsjahre 31
Umstrukturierung und Neuorganisation 35
Aufschwung und Weltwirtschaftskrise 40

**Stadtkämmerei der »Hauptstadt der Bewegung« (1933 - 1945)** 46

Das Ende der kommunalen Selbstverwaltung 46
Die Ämterstruktur bis 1945 50
Die Kämmerei im 2. Weltkrieg 52

**Der Weg zur modernen Finanzverwaltung (ab 1945)** 54

Haushaltsplanung in der Trümmerzeit 54
Die Jahre des Wiederaufbaus 57
München im Olympia-Boom 61
Die neue Struktur der Stadtkämmerei 63

**Finanzreferenten und Stadtkämmerer seit 1894** 70

**Stadtsparkasse München** 72

Gründung und Krise 73
Das Kreditinstitut der Stadt 74
Finanzier des Wiederaufbaus 75

**Anmerkungen** 78

*Das historische Turmzimmer der Kämmerei ist mit Originalmöbeln des Rathausarchitekten Georg Hauberrisser ausgestattet.*

# Vorwort

Seit dem Jahr 1318 zeichnet die Stadt München ihre Finanzvorfälle in Jahresrechnungen auf. Die Kommunalbehörde, die die Einnahmen und Ausgaben der Stadt planmäßig verwaltet, ist die Stadtkämmerei. Nach dem Bürgermeisteramt ist die Kämmerei das älteste Dezernat der Münchner Stadtverwaltung.

Vor fünf Jahren veröffentlichte die Stadtkämmerei mit Unterstützung des Stadtarchivs eine erste Chronik ihrer Geschichte bis zur Wiedererrichtung der bürgerlichen Selbstverwaltung 1818.

Der Plan, die Chronik der Kämmerei bis in die neueste Zeit fortzuführen, konnte erst jetzt mit der vorliegenden Arbeit von Christine Rädlinger verwirklicht werden. Zu der reichen Bebilderung haben die Archive der Stadt und der Sparkasse beigetragen. So war es möglich, die Geldscheine, die im 19. und 20. Jahrhundert in München als Zahlungsmittel im Verkehr waren, aber auch die Anleiheurkunden der Stadtgemeinde und die Sparbücher der Bürger, als Dokumente der Lokalgeschichte im Zusammenhang wiederzugeben.

Die kommunale Finanzbehörde ist ein Diener der jeweiligen Stadtregierung. Das kann nicht anders sein, denn die Beschaffung und Verteilung von Geld sind bestimmende Steuerungsinstrumente jeder Verwaltung. So nimmt es nicht wunder, dass Organisation und Arbeitsweise der Stadtkämmerei stets politiknah geprägt waren und sind. Die Chronik verschweigt nicht die dunklen Seiten in der Geschichte der Münchner Kämmerei, deren Amtsträger während der Nazi-Diktatur willige Helfer der Unterdrückung und Verfolgung waren. Aber sie zeigt auch die großen Leistungen der Finanzverwaltung für den Wiederaufbau der Stadt nach 1945 im Dienste der demokratisch gewählten Vertretung der Münchner Bürger.

Diese Broschüre ist für die Besucher und Geschäftspartner der Stadtkämmerei gemacht, die etwas erfahren wollen über ihre wechselvolle Geschichte. Sie wendet sich aber auch an die 550 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Referats, deren Engagement dazu beiträgt, das Geld der Münchner Bürgerschaft wirksam und allemal sparsam zu verwalten.

Im August 2000

Klaus Jungfer
Stadtkämmerer

*König Ludwig I. von Bayern ließ die Stadt für seine Bauwerke zahlen.*

# Kommunales Vermögen und königlicher Wille

München verdankt bekanntlich seine schönsten Straßen und Plätze König Ludwig I. Ebenso bekannt ist die Tatsache, dass die Münchner anfangs nur sehr verhalten, ja sogar ablehnend auf die Änderungspläne des kunstbeflissenen Königs reagierten und das Resultat, in aller Welt gepriesen, mit Hohn und Spott bedachten.
Diese, aus dem modernen Blickwinkel unverständliche Ablehnung königlicher Stadtplanung – schließlich verdankt ihr die Stadt einen nicht unbeträchtlichen Strom an Touristen – wird verständlicher, betrachtet man die Bauwut des Königs aus der Sicht der Geldgeber dieser königlichen Projekte: der Münchner Bürger.

Der Stadt München war gerade mit dem Gemeinde-Edikt von 1818 die Verwaltung ihres eigenen Vermögens und das der Stiftungen zurückgegeben worden (mit Aktiv-Kapitalien von 324.236 Gulden und Passiv-Kapitalien, also Schulden, von 468.623 Gulden), als die königlichen Angriffe auf das Gemeindeeinkommen begannen. Bereits der Bau des Nationaltheaters, angefangen noch unter Max I., brachte der Stadtkasse einen zusätzlichen Schuldenberg von 500.000 Gulden. Weitere Baumaßnahmen wie das Maxmonument, die Isarbrücke und vor allem die Ludwigskirche, gewünscht vom König, zu bezahlen aber von der Stadt, erhöhten den Schuldenstand. Zu spät erkannte man zudem, dass man bei aller »Verschönerung auf der Oberfläche« vergessen hatte, die Finanzierung eines dringend benötigten neuen Kanalisationsnetzes oder neuer Wasserleitungen im Stadtinnern auf der Ausgabenseite einzuplanen.[1] Auch hierzu waren also weitere finanzielle Anstrengungen nötig.

Der Schuldenstand war inzwischen auf 2 Millionen Gulden angestiegen, für das frühe 19. Jahrhundert eine geradezu groteske Summe. Die Stadt stellte daher einen Schuldentilgungsplan auf. Für die Bauschulden wurde die von der Gemeindekasse getrennte Schuldentilgungskasse eingerichtet und jährlich Erträge städtischer Aufschläge in Höhe von 150.000 Gulden auf sie überwiesen, darunter v.a. der Lokal-Malz-Aufschlag (eine Steuer auf den Malzver-

*Das Isartor im 19. Jahrhundert.*

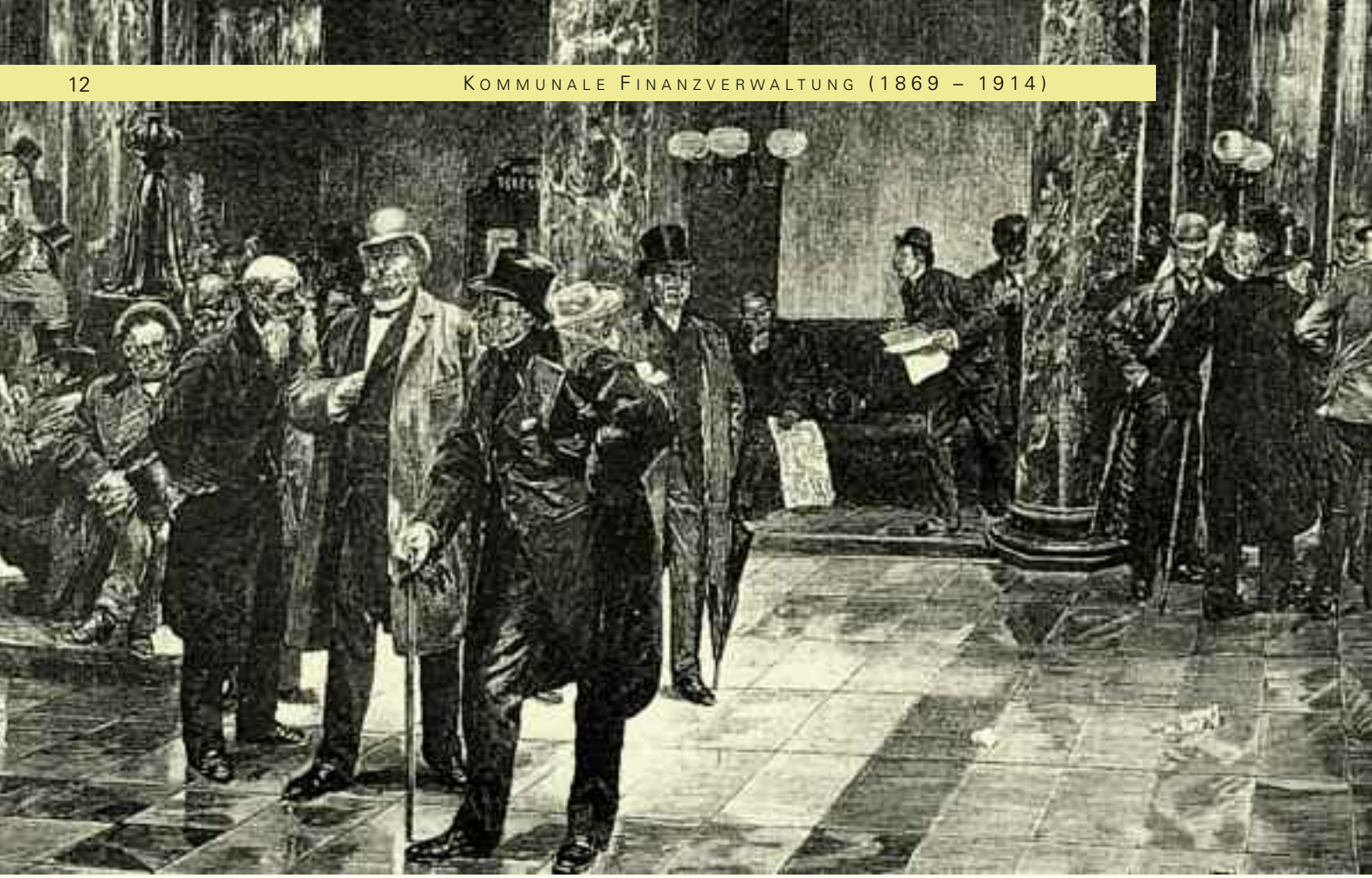
*Der Odeonsplatz zur Zeit Ludwigs I.*

*Der Schrannenplatz vor dem Rathaus (heute Marienplatz).*

Staatsanleihe des Königreichs Bayern von 1849.

Anleiheurkunden der Stadt sind erst seit Ende des 19. Jahrhunderts erhalten. Hier ein „Anlehen“ von 1886.

brauch der Brauer). Zur weiteren Umschuldung gab man 1838 die ersten Münchner Stadtanleihen heraus, die mit 3 1/2 Prozent verzinst wurden.[2] Grundsatz des kommunalen »Finanzgebarens« wurde nach einer Vermögensaufstellung des Stadteigentums (dies hatte man nach Aussage des späteren Bürgermeisters Jakob Bauer bis jetzt versäumt) eine Auflistung aller Einnahmen aus den städtischen Betrieben und den verschiedenen Taxen, Gebühren und Aufschlägen. Sowohl von den Einnahmen als auch den Ausgaben hatten nun die dafür zuständigen Kassen genaue Abrechnungen anzufertigen und diese dem Revisionsbüro zur Prüfung zu übergeben. Danach gingen sie weiter an den Magistrat und an das Gemeinde-Kollegium. Letzte Prüfungsinstanz war die kgl. Regierung.[3]



*Die Münchner Börse wurde im 19. Jahrhundert ein bedeutender Handelsplatz für Aktien und Anleihen und trug zum wirtschaftlichen Aufschwung der Stadt bei.*

# Grundlagen der kommunalen Finanzverwaltung (1869 bis 1914)

## Münchens Großstadtentwicklung

Als mit der Gemeindereform von 1869 die bürgerliche Selbstverwaltung vollständig wiederhergestellt wurde, war München bereits in eine neue Phase seiner Entwicklung eingetreten. Auch hier hatte der wirtschaftliche Aufschwung der »Gründerzeit« begonnen, der das Bild der Stadt verändern sollte und zahlreiche Landbewohner in die Stadt zu den neu entstehenden Arbeitsplätzen lockte. München erlebte daher in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein Wachstum bisher nicht gekannten Ausmaßes. Hatte die Einwohnerzahl im Jahr 1800 gerade 30.000 betragen, so stieg sie 1850 bereits auf 100.000, um dann 1895 die Zahl von 413.255 zu erreichen. Damit zählte auch München zu dem Kreis der Großstädte des deutschen Reiches.[4]

Durch die Eingemeindung ehemaliger Vororte wie Haidhausen, Giesing, Ramersdorf, Neuhausen, Sendling und schließlich Bogenhausen wuchs die Stadt nicht nur in der Einwohnerzahl, sondern auch flächenmäßig, ohne dass jedoch Bausubstanz oder Infrastruk-

tur mit dieser Entwicklung Schritt halten konnten. Um den Anforderungen einer geordneten und vorausschauenden Großstadtplanung gerecht werden zu können, waren daher Baumaßnahmen im großen Stil notwendig. Technische Neuerungen wie die Stromversorgung oder der durch die rasche Bevölkerungszunahme dringlich gewordene Ausbau einer gesunden Wasserversorgung und eine ausreichende Kanalisation mussten dabei ebenfalls bedacht werden.

*Am Unteren Anger wurde 1824 das erste Geschäftslokal der Stadtsparkasse eingerichtet. (Gemälde: Otto von Ruppert 1879).*

Zunehmend sah sich die Stadtverwaltung dabei mit der Tatsache konfrontiert, dass mit der fortschreitenden Urbanisierung auch bestimmte Leistungen erwartet wurden. Die Versorgung armer und kranker Stadtbürger war Grundsatz städtischen Gemeinsinns seit dem Mittelalter. Wer allerdings zu dem Kreis der »Bürger« gehörte und damit in den Genuss dieser Hilfeleistungen kommen sollte, war eine Frage, die erst im 20. Jahrhundert gelöst wurde. Weiter erwarteten die Münchner nun neben gesunden sanitären Verhältnissen und einem ausgebauten Verkehrsnetz genügend und gute Schulen für ihre Kinder, beste medizinische Versorgung und nicht zuletzt auch ein interessantes kulturelles Angebot, kurz – Erwartungen an das Stadtleben, wie man sie auch heute noch hat und die mittlerweile mit dem Begriff »kommunale Daseinsvorsorge« umschrieben werden. Dass dieser Wandel der Kommune zur »Leistungsgesellschaft« nicht ohne finanzielle Anstrengungen vor sich gehen konnte, liegt auf der Hand.

*Das Münchner Volkstheater war ursprünglich keine städtische Einrichtung. Die Aktien waren auch kein gutes Geschäft. Nach einer turbulenten Finanzgeschichte wurde das Volkstheater 1983 als Kulturgesellschaft der Stadt wiedererrichtet.*

## Einnahmen und Ausgaben der Stadt

Sechs Jahre nach der Gemeindereform, also 1875, verfügte die Stadtgemeinde München über ein Gesamtvermögen von 8.484.328 Gulden. Dieses setzte sich zusammen aus Immobilien und Grundstücken, dem sog. Kapitalienreservefonds in leicht verkäuflichen Papieren, geschaffen im Dezember 1873, um der Gemeinde sofortigen Zugriff in Notfällen zu sichern, dem Pasch'schen Legat, dessen Zinsen für Gemeindezwecke verwendet werden durften, sowie aus einigen Sonderfonds für besondere Zwecke wie z. B. dem Friedhofsfonds oder dem Isarbrückenfonds.[5]

Für ihre Einnahmen konnte die Stadt auf verschiedene Ressourcen zurückgreifen. Zur Verfügung standen einmal die Zinserträge aus dem gemeindlichen Aktivkapital, also aus angelegten Papieren, aus Legaten und Fonds. Daneben gingen ein Pacht und Zinserträge aus Gebäuden und Gründen, Erträge städtischer Anstalten, z. B. der Sparkasse, oder städtischer Güter (Baumschulen, Holzmagazin). Weitere Einkünfte brachten Einrichtungen wie der Rathauskeller und die Verpachtung von Rechten aus Jagd und Fischerei.

*Darlehensurkunde von 1886.*

Und natürlich bezog die Stadt auch Erträge aus der von ihr gestellten Infrastruktur, also von Kanälen, Stadtbächen oder Straßen, und schließlich den Einwohner-, Heimat-, und Bürgerrechtsgebühren.[6]

Daneben nahm die Stadt direkte und indirekte Steuern ein. Bei den indirekten Steuern waren die Aufschläge auf Lebensmittel, der Fleischaufschlag, der Mehlaufschlag und vor allem der Lokalmalz- und Bieraufschlag eine gute Einnahmequelle, sowie die städtischen Zölle auf Frachtgüter (z. B. der Pflasterzoll). Fast ebenso hoch waren – zumindest noch 1875 – die Eich- und Waaggebühren und die Viktualien- und Einstellgebühren. Das Oktoberfest allerdings brachte der Stadt keinen Gewinn. Hier blieben die Einnahmen aus Gebühren der Budenbesitzer gegenüber den doch sehr hohen Ausgaben zurück.[7] Die sehr einträglichen Bezüge aus Zöllen und Gebühren waren jedoch abhängig von der Wirtschaftskonjunktur und daher nicht gleichbleibend hoch und damit verlässlich. Vor allem sollte sich zeigen, dass gerade diese indirekten Steuerbezüge immer mehr zurückgingen, während die städtischen Gebühren und Abgaben immerhin konstant blieben.[8]

*Geldscheine sowie Aktien- und Anleiheurkunden wurden seit dem 19. Jahrhundert als Kupfer- oder Stahlstich hergestellt und mit komplexen Ornamenten ausgestattet, um sie fälschungssicher zu machen.*

Ein Anstieg war dagegen bei dem dritten großen Standbein des Münchner Haushalts zu beobachten, den direkten Steuern.
An direkten Steuern hatte die Stadt Anspruch auf ihren Anteil an den Grund-, Haus-, Gewerbe-, Kapitalrenten- und Einkommensteuern des Landes Bayern.[9] Der städtische Anteil wurde mit Hilfe eines prozentualen Hebesatzes von den Städten selbst festgelegt und konnte von Jahr zu Jahr variieren. Im Jahr 1875 lag der Hebesatz für diese »Gemeinde-Umlagen« bei 70 Prozent, sollte aber aufgrund wachsender Ausgaben für alle Gemeinden 1885 bereits 100 Prozent betragen und noch weiter steigen.[10]

Aus dieser Ansammlung kommunaler Einnahmen musste eine ganze Bandbreite laufender Ausgaben finanziert werden: Verwaltungskosten für Personal und Material, Kosten für den Unterhalt städtischer Gebäude und anderer städtischer Einrichtungen wie die Straßenbeleuchtung, aber auch für Staatssteuern und Bodenzinsen.[11] Vor allem die Verwaltungskosten und hier wieder die Personalkosten sollten sich in der Folgezeit zu einem gewichtigen Problem entwickeln,[12] denn einerseits musste die Verwaltung mit dem Großstadtausbau verbessert und ausgebaut werden, andererseits aber stiegen gerade die Personalkosten außerordentlich an.

Daneben gab es aber auch eine Reihe von Ausgaben, die eng mit der politischen und sozialen Entwicklung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts verbunden waren. Dazu gehörten die Bereiche Wohlfahrt, Bildungswesen, Gesundheitspolitik und schließlich auch das Verkehrswesen. Vor allem im Bildungswesen und im Wohlfahrtswesen stiegen die Ausgaben, ohne dass die Stadt darauf großen Einfluss gehabt hätte, denn hier wurden den Gemeinden vom Land oder vom Reich Verpflichtungen aufgebürdet, die sie in dieser Weise bisher nicht zu tragen gehabt hatten.

Die Münchner Armenversorgung wurde zwar durch eine von der kommunalen Kasse getrennte Armenkasse versorgt, die auf Stiftungen und Legaten basierte. Bei stetig wachsenden Ausgaben der Armenkasse hatten jedoch in ganz Bayern die Gemeindekassen immer höhere Beträge zuzuschießen.[13] Für München wurde die öffentliche Wohlfahrtspflege allerdings nur in den Jahren der wirtschaftlichen Rezession 1879 bis 1881 und 1890 bis 1895 zum wirklichen Problem.[14] Im Verhältnis zu den Gemeindeeinnahmen blieben die Ausgaben bis zum Ende des 19. Jahrhunderts sogar in etwa konstant: 4,8 Prozent im Jahr 1876 (311.831 Mark bei Einnahmen von 6.460.479 Mark) und 4,1 Prozent im Jahr 1899 (1.375.700 Mark bei Einnahmen von 33.487.514 Mark).[15] Das wirklich dramatische Anschwellen der Ausgaben für die Wohlfahrtspflege sollte dem 20. Jahrhundert vorbehalten bleiben.

Im Bereich Bildungswesen war die Entwicklung ähnlich. Mit dem Schulbedarfsgesetz vom 10.11.1861 wurden die Volksschulen zu Gemeindelasten erklärt, d.h. für die gesamten Aufwendungen der Volksschulen hatten nun die Gemeinden zu sorgen, seien es nun Personalkosten oder Schulhausbauten.[16] Hier folgte, wie schon im Wohlfahrtswesen, die Kostenentwicklung einem Trend nach oben. Besonders die Personalkosten belasteten die Finanzen außerordentlich. Aus den Gesamtausgaben für Bildung des Jahres 1899 von 3.980.900 Mark entfielen allein 2.409.000 Mark auf Personalkosten, der Rest auf Sachaufwand.[17] Darin enthalten waren noch keine Baukosten für die zahlreichen Schulhausbauten, die in dieser Zeit initiiert und durchgeführt wurden und zum Teil heute noch das Stadtbild prägen. Zwischen 1866 und 1914 wurden in München allein 42 Volksschulen errichtet.[18] Auch die wachsende Bedeutung des gewerblichen Unterrichtswesens und Höherer Schulen machten hier eine gemeindliche Förderung und neue Schulhausbauten unumgänglich. Daneben wurden ältere Schulhäuser renoviert und mit neuen Heizungen versehen.[19]

Die Erkenntnis, welch ausnehmend schlechte sanitäre Verhältnisse in München herrschten und die Angst vor weiteren Seuchen brachten nach zwei Choleraepidemien den anfangs eher verhalten reagierenden Magistrat zu einem Umdenken. Ging der um die Mitte des Jahrhunderts geforderte Ausbau der Kanalisation zuerst noch eher schleppend voran, wurde ab 1883 immerhin eines der vorzüg-

*Einlagebuch der 1824 gegründeten städtischen Sparkasse.*

*1910 wirbt das Münchner Kindl um milde Gaben für die Armenpflege.*

*Solche „Schuld-Obligationen" der Stadt sind erst seit 1886 erhalten.*

*Eisenbahn-Anleihe von 1898.*

lichsten Trinkwassersysteme des Deutschen Reiches in Angriff genommen. Und in der Folgezeit unternahm die Stadt auf dem gesamten Gebiet des Gesundheitswesens große Anstrengungen, sei es nun mit dem Ausbau der Kanalisation, dem Bau des neuen Schlachthofs, neuer Friedhöfe oder neuer Krankenhäuser wie z.B. dem Schwabinger Krankenhaus.

Natürlich war mit diesen umfangreichen Baumaßnahmen auch ein bedeutender Prestigegewinn Münchens beabsichtigt, hatte die Stadt doch einen Ruf in der Tourismusbranche zu verlieren. Neben der Steigerung des Ansehens im Deutschen Reich und im Ausland folgte jedoch der weitere Großstadtausbau den Anforderungen moderner Entwicklungen: Mit der Schaffung größerer Plätze und neuer Parkanlagen, dem Bau neuer Isarbrücken und der Pflasterung oder dem »Mackadamisieren« (Schottern) erweiterter Straßenzüge versuchte man, auch den Anforderungen des erhöhten Verkehrsaufkommens gerecht zu werden.

Die finanziellen Anstrengungen der Stadt in diesen Bereichen waren enorm. Die projektierten Kosten allein für den Bau der zweiten Trinkwasserleitung im Teufelsgraben betrugen 322.000 Mark.[20] Jedoch brachte der kontinuierliche Ausbau städtischer Infrastruktur der Stadt nicht nur Minusbeträge, denn ein Teil der Ausgaben für Kanalisation und Trinkwasserleitungen wurde mit Gebühren für Anlieger und Abnehmer gedeckt. Ein zufriedener Bürgermeister konnte daher 1887 feststellen, dass sich die finanziellen Ergebnisse der Wasserversorgung überraschend günstig darstellten.[21] Um die Jahrhundertwende ging die Stadt deshalb sogar dazu über, Betriebe wie die Gaswerke (1899), die Stromversorgung (1904 Bau des Kraftwerks an der Menterschwaige) oder auch die Straßenbahn (1907), die man zuerst an Privatunternehmer vergeben hatte, in eigene Regie zu übernehmen.[22] Damit folgte man einer Entwicklung, die sich im gesamten Deutschen Reich durchsetzte und die eine der Haupteinnahmequellen der kommunalen Kassen ausmachen sollte.[23]

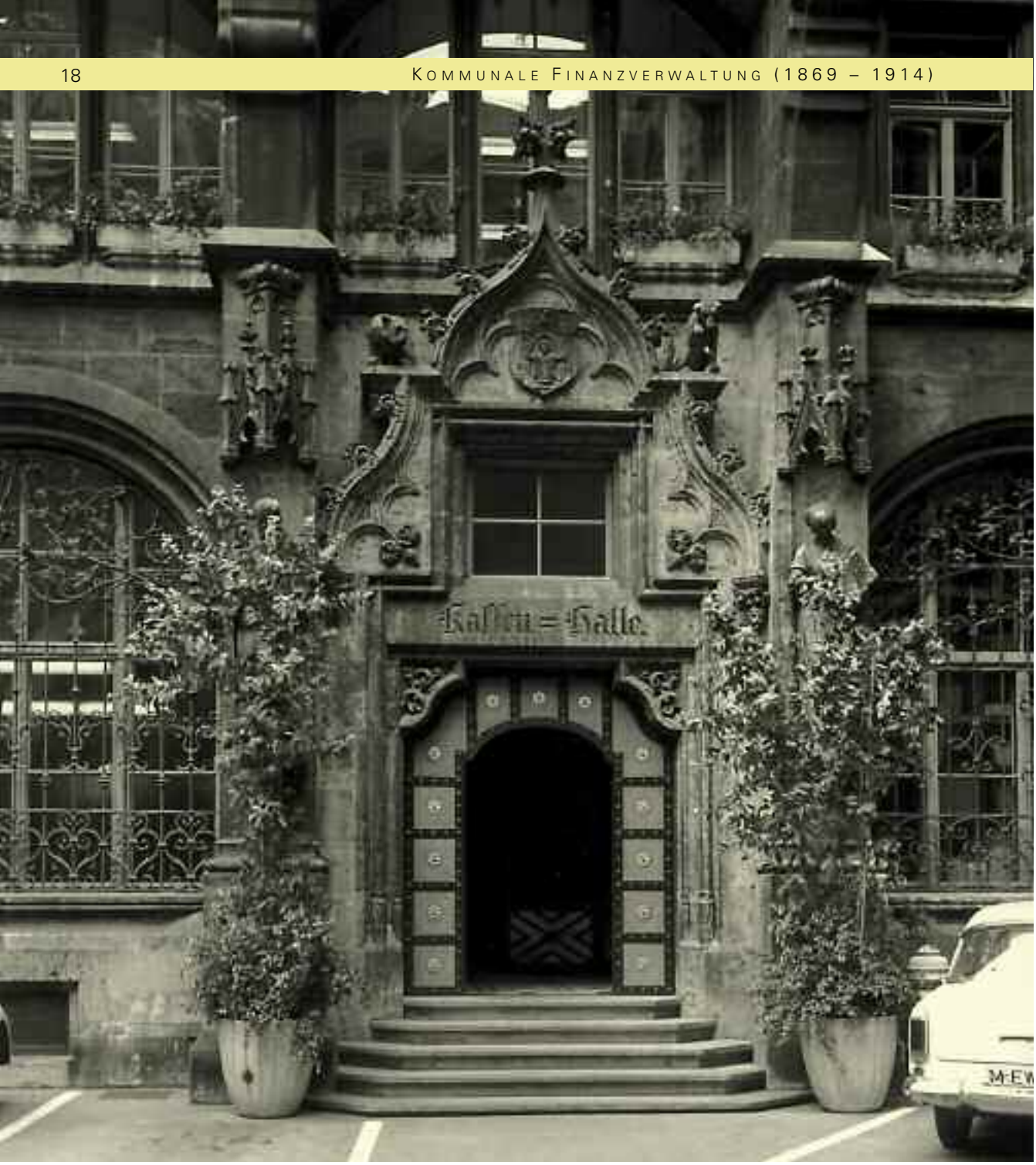
Trotz Erhöhung der Gemeindeumlagen und der bereits dringend erwarteten »Besitzveränderungsabgabe« von 1898 (entspricht in etwa der heutigen Grunderwerbsteuer)[24], war sehr schnell zu erkennen, dass sich der Großstadtausbau nicht aus den laufenden Einnahmen der Gemeinde realisieren ließ. Man griff daher zurück auf das bereits bewährte Mittel der Stadtanleihe. Bei der Aufnahme von Anleihen herrschte der Grundsatz, dass diese entweder für rentierliche Unternehmungen verwendet werden durften, also z. B. für den Ausbau des Trinkwassernetzes, der der Stadt wieder Gewinne brachte. Oder aber wurden Stadtanleihen für zukunftsträchtige und langlebige Investitionen aufgenommen, ein sehr weit gefächerter Begriff, der vom Ausbau der Kanäle über den Schulhausbau bis hin zum Straßen- und Brückenbau reichen konnte. Auch der Bau des Neuen Rathauses ab 1867 wurde zum größten Teil mit Anleihen finanziert.[25]

Bis 1876 hatte die Stadt in den Jahren 1857, 1865, 1867, 1872 auf der Basis vorbildlicher Schuldentilgungspläne fünf »consolidierte Anleihen« vorzuweisen, die noch nicht zurückgezahlt waren. Verzinsung und Tilgung wurden wie früher aus dem Lokal-Malz-Aufschlag bezahlt, später dann, als diese Einnahmequelle zurückging, aus anderen laufenden Einnahmen. Auf diese Weise sollte die Anleihe des Jahres 1857 im Jahr 1900 getilgt sein, die Schulden des Jahres 1865 bis 1892, die des Jahres 1867 im Jahr 1913 und schließlich die des Jahres 1872 im Jahr 1921.[26] Mit dem Jahr 1872 endete die Anleihenpolitik der Stadt jedoch nicht, denn wie bereits geschildert, verschlang der Ausbau der städtischen Infrastruktur Unsummen. Da auch für die Zukunft mit einem weiteren Wachstum städtischer Einnahmen zu rechnen war, wurde diese Politik der Anleihen weitergeführt.

*Die Gestaltung der Stadtanleihen wandelt sich. Das „Anlehen" von 1900 zeigt die Symbole der Stadt: Münchner Kindl und Monachia.*

*Links: Stadtanleihe von 1907.*

*Rechts: Die letzte Anleihe vor der Revolution 1918.*




*Prunkhof im Neuen Rathaus: Der Eingang zur Kassenhalle ist mit allegorischen Figuren zum Geldgeschäft der Stadt verziert.*

## Die Entstehung des Finanzreferats

Bei der starken Entwicklung, die die Stadt im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts nahm, sah sich die kurz nach der Gemeindereform 1869 ins Leben gerufene städtische Verwaltung vor eine Vielzahl neuer Aufgaben gesetzt, denen sich die einzelnen Verwaltungszweige erst langsam anpassen mussten.

Nach der Gemeindeordnung gab es zwei Kammern als Träger der Gemeindepolitik: Einmal den Magistrat, als das eigentliche beschlussfassende Organ, bestehend aus den ehrenamtlichen Magistratsräten und den besoldeten Magistratsräten. Die zweite Kammer, das Kollegium der Gemeindebevollmächtigten, wählte zwar die Magistratsräte und konnte selbständig Anträge stellen,

hatte jedoch im übrigen nur das Prüfungs- und Abänderungsrecht bei den Beschlüssen des Magistrats. Allein der Magistrat leitete die städtischen Verwaltungsbehörden, wobei jedem Magistratsrat bestimmte Aufgabenfelder zugeordnet waren.

Zu einer deutlichen Abgrenzung der jeweiligen Aufgabenbereiche, also einer Herausbildung von Referaten, wie sie noch heute bestehen, kam es daher erst allmählich. Dabei spielte sicher auch die Persönlichkeit einzelner Räte eine Rolle, denn die Wahl neuer Magistratsräte hatte nicht selten eine Umschichtung der zugeteilten Aufgaben zur Folge.

Auch die Finanzverwaltung musste sich erst diesem langwierigen Prozess der Umschichtung und Umstrukturierung unterziehen. Mit der Neuordnung der Gemeindeverwaltung 1869 wurde die Finanzverwaltung nicht in die Hände eines Magistratsrates gelegt, der dann gegenüber Magistrat und Stadt die Verantwortung übernahm. Es scheint vielmehr, dass man nach der leidvollen Erfahrung der zuerst völligen und später teilweisen Lähmung der Gemeinde im finanziellen Bereich zwischen 1808 und 1869 die Devise der geteilten Verantwortung anstrebte. Referenten für das Finanzwesen, also Magistratsräte, die diesbezügliche Themen in den Sitzungen vortrugen, waren vor allem der 1. oder 2. Bürgermeister und einer der beiden Kommunalreferenten. Seltener waren mit Finanzfragen auch noch der Stiftungsreferent befasst oder auch jeder andere Magistratsrat, in dessen Bereich das jeweilige Problem gerade auftauchte. Auch die verschiedenen Unterabteilungen in einzelnen Bereichen der Finanzverwaltung waren diesen steten Änderungen unterworfen, denn auch ihre Aufgaben waren noch nicht streng definiert und voneinander getrennt, sondern ihre Zuständigkeiten überlappten sich häufig.

Aus der Geschäfts-Repartition, also dem Geschäftverteilungsplan, von 1870 ist diese »Gewaltenteilung« in Finanzfragen deutlich zu erkennen. Der 2. Bürgermeister Dr. Johann v. Widenmayer war Referent des »gesamten Kassa- und Rechnungswesens«, überwachte in dieser Eigenschaft die Rechnungsstellung und das »Tax- und Depositenwesen«. Für die Haushaltspläne der Stadt dagegen sowie die Schuldentilgung war ein Referent des Kommunalreferates zuständig; 1870 war dies der rechtskundige Magistratsrat Franz Xaver Badhauser.[27] 1892 wurde durch das Ausscheiden eines Magistratsrates und die Wahl des Rechtsrates Rudolf Alberstötter eine neue Umstrukturierung nötig. Der 1. Bürgermeister v. Widenmayer hatte jetzt anstelle des 2. Bürgermeisters das Kassen- und Rechnungswesen sowie die Aufnahme von Anleihen zu verantworten. Rudolf Alberstötter, Referent des Kommunalreferats (Referat 1), nördlicher Teil, erhielt noch einige zusätzliche finanztechnische Fragen und war nun zuständig für die Anlage des Vermögensbuches der Gemeinde und für »allgemeine finanzielle Fragen«, v.a. aber für die Haushalts- und Schuldentilgungspläne.[28]

Die Aufgabenfelder der für Finanzfragen zuständigen Magistratsräte waren groß und endeten natürlich nicht mit dem Abwägen der Einnahmen und Ausgaben der Stadt. Vor allem mussten die »Jahrespläne« durchgerechnet und ausgefertigt werden. Da die Gemeindewirtschaft in eine »Anzahl selbständig gedachter Wirtschaften zerlegt« war,[29] erstellten diese Abteilungen der Stadtverwaltung ihre eigenen Jahresrechnungen, die sich aber an den aufgestellten Haushaltsplänen zu orientieren hatten. Die Haushaltspläne für das kommende Jahr hatten die Einnahmen und Ausgaben des vorangegangenen Jahres als Grundlage. Genehmigt wurden die Haushaltspläne vom Magistrat, wobei diese im Finanzausschuss, dem auch Bürgermeister und der Finanzreferent (später Kämmerer benannt) angehörten, vorberaten wurden. Auch die Stadtanleihen wurden zuerst im Finanzausschuss vorberaten, um dann in der Magistratssitzung endgültig beschlossen zu werden.

Die Planung des städtischen Haushalts mit sämtlichen Teilarbeiten und die Kontrolle und Verrechnung der Einnahmen und Ausgaben konnten nicht allein Aufgabe des zuständigen Magistratrats sein. Nach einem Verwaltungsbericht der jungen Gemeindeverwaltung waren die den einzelnen Geschäftszweigen vorstehenden Referenten mit der »erforderlichen Zahl von Hilfsarbeitern ausgestattet«.[30] Für die Bearbeitung des Briefwechsels und für Schreibarbeiten, für Botengänge und alle anderen anfallenden Arbeiten standen das Sekretariat und der Referats- und Kanzleidienst zur Verfügung.[31]

Daneben arbeiteten für die Finanzreferenten vor allem das Tax- und Expeditionsamt, die städtischen Kassen und das Perceptionsbüro,[32] Ämter, über die der Hauptteil städtischer Einnahmen lief. Das Tax- und Expeditionsamt ging zurück auf eine Einrichtung aus der Zeit vor der Gemeindereform: auf das »expedierende Sekretariat« des Magistrats, ab 1858 und nach einer Ausweitung seiner Aufgabenbereiche »Expeditions- und Taxamt« genannt. Das Taxamt besorgte die Bewertung aller gebührenpflichtigen »Verhandlungen« des Magistrats, war also zuständig für die Erhebung von Strafgeldern und Gebühren wie z. B. die Bürger- oder Heimatrechtsgebühren. Die Eintreibung dieser Gelder geschah durch die beim Taxamt angestellten Boten. Der gesamte Personalstand umfasste im Jahr 1869 den Tax- und Expeditionsbeamten, 2 Offizianten, 4 Boten und 2 Beiboten, also 9 Personen.[33]

Eine weitere städtische Einnahmestelle war das Perceptionsbüro, bzw. seine Unterabteilungen Aufschlagamt, Perceptionsbüro in der Au, Brandassecuranzbüro, Friedhofstaxamt, Krankenhausperceptionsbüro und Stadtzollperception. Hier wurden die städtischen Zölle und Aufschläge eingenommen wie z. B. der Malz-Aufschlag oder der Pflasterzoll. Da all diese Zölle an einer Vielzahl über die Stadt verstreuter Stellen nicht nur eingenommen, sondern auch überwacht wurden, war der Personalstand hier äußerst hoch: an Be-

*Im 19. Jahrhundert wurden Pflasterzoll und Aufschläge eingenommen. Hier das Zollhaus an der Schleißheimer Straße.*

amten und Inspektoren, Schreibern, Einnehmern und Aufsehern sind im Jahr 1869 insgesamt 56 Personen beschäftigt. Allein 24 davon arbeiteten an den städtischen Zollstationen am Stadtrand als Zollstationsaufseher.[34]

Gefälle, Aufschläge und Zölle wurden abgeliefert bei der Haupt- und Gemeindekasse. Und hier erfolgte auch die Verbuchung der Einnahmen mit den verschiedenen Ausgaben, deren Rechnungstellung ebenfalls von der Gemeindekasse besorgt wurde. Die Gemeindekasse war also tatsächlich der zentrale Umschlagplatz für das Geld der Stadt. Selbstverständlich mussten Einnahmen und Ausgaben akribisch in den Rechnungsbüchern festgehalten werden und die von der Stadtkasse getätigten Auszahlungen durften vom Kassier oder seinem Zahlmeister nur im Rahmen des vom Finanzreferenten erstellten und vom Magistrat gebilligten Jahresvoranschlags getätigt werden – unter Beachtung aller nur erdenklicher Instruktionen. Die personelle Besetzung der Gemeindekasse war ihrer wichtigen Funktion in der städtischen Verwaltung angemessen: neben Kassier, Kontrolleur und Zahlmeister arbeiteten hier im Jahr 1869 noch 3 Buchhalter, 2 Offizianten, 1 Magistratsschreiber, 1 Aushilfsdiurnist und 4 Kassendiener.[35]

Zwei Bereiche waren aus dem Arbeitsfeld der Gemeindekasse ausgegliedert: Geschäfte, die mit den städtischen Anleihen zusammenhingen oder mit den verschiedenen städtischen Wohltätigkeits- und Armenfonds. Die Aufnahme von Kapital, Emission der

*Der monumentale Bau des Neuen Rathauses dauerte mehr als dreißig Jahre (1876-1908) und verschlang für damalige Begriffe riesige Summen, nämlich 6,2 Millionen Mark für den Grunderwerb und 9,5 Millionen Mark für das Bauwerk und die Einrichtung. Das Foto zeigt die Baustelle 1903.*

Obligationen und die Einlösung der Zins-Coupons und die gesamte Buchführung für die städtischen Anleihen liefen über die Schuldentilgungskasse mit 1 Kassier, 1 Buchhalter und 1 Offizianten, wobei jedoch die erforderlichen Geldmittel aus der Gemeindekasse genommen wurden. Auch die Schuldentilgungskasse war, wie bereits geschildert, eine ältere Einrichtung. Da jedoch ihre enge Verflechtung mit der Gemeindekasse immer mehr zu Tage trat, wurde sie 1876 aufgehoben und ihre Aufgaben der Gemeindekasse übertragen.[36]

Alle Renten und Gefälle der städtischen Stiftungen für wohltätige Zwecke, für Unterricht und Kultus und für den Armenfonds liefen bei der Stiftungskasse ein. Da die Anzahl städtischer Stiftungen erheblich war, musste das Personal der Stiftungskasse dem Arbeitsaufwand angemessen sein: 1 Kassier, 1 Kontrolleur, der zugleich auch Zahlmeister war, 3 Buchhalter, 1 Offiziant, 1 Schreiber und 1 Kassendiener.[37]

Die städtische Sparkasse nahm bereits in dieser Zeit eine Sonderrolle ein und unterstand direkt dem Bürgermeister bzw. dem späteren Finanzreferenten.[38] Die Rechnungsprüfung sämtlicher Kassen, auch der Sparkasse, führte das Revisionsamt durch,[39] ein Amt, das in der Folgezeit dem Direktorium unterstellt wurde.

Im Jahr 1875 kam es zur Gründung eines neuen städtischen Amtes, der Städtischen Gefällsinspektion. Aufschläge und Zölle waren, wie bereits geschildert, eine wichtige städtische Einnahmequelle. Ursprünglich waren diese bei den beiden städtischen Aufschlagsbüros, dem Büro in der Vorstadt Au und der Stadtzoll beim königlichen Hauptzollamt München erhoben worden. Nach der Einführung des Pflasterzolls 1864 waren an allen Münchner Ausfallstraßen die Zollstationen errichtet und mit Zolleinnehmern besetzt worden. 1875 ergab sich die Gelegenheit zu einer Neuordnung des ganzen Gefällswesens und man setzte den ehemaligen städtischen Pflasterzollinspektor als neuen Gefällsinspektor und Leiter der neu gegründeten Gefällsinspektion ein.

Dabei kamen dem neuen Inspektor eine Anzahl neuer und verantwortlicher Aufgaben zu: Neben dem ordnungsgemäßen Eingang aller Zölle und Gefälle hatte er auch für die Durchführung hygienischer Bestimmungen wie die Fleischbeschau zu sorgen und auf den Märkten die Marktpolizei auszuüben. Als Personal unterstanden ihm 4 Inspektionsgehilfen, 3 Mühlenvisitatoren, 24 Berufspflasterzollaufseher, 5 solcher im Nebenberuf, 2 Bahnwärter und 1 selbständiger Gärtner.[40]

*Amtsraum im Neuen Rathaus wahrscheinlich um 1910.*

Schon wenige Jahre später wurde offensichtlich, dass das städtische Finanzwesen dringend einer organisatorischen Straffung bedurfte. Bei der Neuorganisation 1878 standen zwei Punkte im Vordergrund: die Zentralisierung des Kassenwesens im Neuen Rathaus der Stadt (dort wurden alle Büros untergebracht[41]), um für Verwaltungsbeamte und Münchner Bürger gleichermaßen eine größere Übersichtlichkeit zu erzielen, und die Trennung von Rechnungsdienst und Kassen.[42] Einige der noch getrennt von der Gemeindekasse, nun Stadthauptkasse genannt, abrechnenden Kassen wie die Leihhauskasse und vor allem die Stiftungs- und Armenkassen wurden aufgelöst und die Einnahme aller Geldmittel bei der Stadthauptkasse gebündelt.

Um den Arbeitsaufwand der Stadthauptkasse zu verringern, wurden später aus den beiden Annahmestellen die Abteilungen I und II mit streng voneinander abgegrenzten Aufgabenfeldern.[43]

Wegen ihrer großen Entfernung vom Stadtzentrum waren jedoch bei einigen städtischen Einrichtungen weiterhin Zweigstellen eingerichtet: so z.B. beim Schlacht- und Viehhof, beim Schwabinger Krankenhaus und dem Krankenhaus li.d.Isar, im Sanatorium Harlaching und bei den städtischen Gütern Zengermoos und Ismaning. Zwischen den einzelnen städtischen Einnahmestellen sollte so wenig Geld wie möglich zirkulieren, in den Kassen – die Turmkasse bei St. Peter war z. B. eine davon – so wenig Geld wie

möglich vorhanden sein. War ein bestimmter Geldbetrag in einer der Nebenkassen erreicht, musste der Betrag sofort an die Stadthauptkasse abgeliefert werden.[44]

Die in Fondskasse umbenannte Stiftungskasse war nun für die Verwaltung der Stiftungsvermögen zuständig, eine Aufgabe, die in der Folgezeit noch ausgedehnt wurde auf das gesamte Aktivkapital der Gemeinde. Da beide Vermögensteile getrennt verwaltet werden mussten, wurden bei der Fondskasse zwei entsprechende Abteilungen geschaffen.

Mit der Errichtung der städtischen Buchhaltung war die Trennung von Rechnungswesen und Kassen vollzogen. Die Buchhaltung hatte den »vollen Rechnungsdienst« für den gesamten Gemeindehaushalt zu leisten, einschließlich Stiftungen und Armenpflege. Sie wurde auch zuständig für die Herstellung des Haushaltsplans und die Vormerkung und Überwachung der Kredite. Leiter der städtischen Buchhaltung wurde der bereits 1877 als Hilfsorgan für den Bürgermeister und Aufsicht über Kassen- und Rechnungswesen sowie für die Vorbereitung der Haushaltspläne eingestellte »Raths-Finanz-Adjunct«.[45]

Die Bemühungen um Straffung und Zentralisierung der Verwaltung erreichten schließlich auch ihre Spitze: Nach dem Tod des 1. Bürgermeisters v. Widenmayer kam es zu einer erneuten Umgruppierung der Aufgabenbereiche und als Folge dieser Neuverteilung im Jahr

*Die reiche Ausstattung der Amtsräume (hier des Ersten Bürgermeisters) wurde überwiegend im Zweiten Weltkrieg zerstört.*

Landeshauptstadt München **Stadtkämmerei**

1894 zur Bildung eines eigenen Finanzreferats, dem Referat 3. Der erste Leiter des neuen Referats wurde Rechtsrat Rudolf Alberstötter, der sich in Finanzfragen bereits bewährt hatte. Dem Finanzreferenten war nun die Aufsicht über das gesamte »Kassen- und Rechnungswesen der Gemeinde« übertragen, also nicht nur die Kassenaufsicht, die Prüfung aller Gemeinderechnungen und die Aufstellung der Haushaltspläne für die Stadtgemeinde, sondern auch die Verwaltung des gesamten Stiftungsvermögens mit den damit verbundenen verwaltungstechnischen Aufgaben.[46] Nun waren also die beiden Aufgabenbereiche »allgemeine Finanzfragen« und »Stiftungsfinanzen« bei einem Referat vereinigt.[47]

*Die ersten bayerischen Banknoten lauteten auf Gulden (fl.). Der Gulden hatte zuletzt 60 Kreuzer. Der Kreuzer galt 4 Pfennig oder 2 Heller. Diese für Rechnungen im Dezimalsystem beschwerliche Währung wurde 1873 durch die Mark abgelöst.*

Bereits 1887 hatte man die Wiedereinrichtung des Städtischen Hinterlegungsamts beschlossen. Dieses Amt war 1838 gebildet worden als Depositenkasse für das Depositenwesen, dessen Aufgaben jedoch nach einem deutlichen Rückgang der hinterlegten Gegenstände und Urkunden der städtischen Fondskasse übertragen wurden. 1887 war der Aufgabenbereich der Fondskasse wieder derart angewachsen, dass nun eine Neuorganisation nötig war und wieder eine eigene Kasse eingerichtet wurde, die 1890 den Namen Städtisches Hinterlegungsamt erhielt. Dieses Amt verwahrte weiterhin hinterlegte Bestände an Geld und Wertpapieren, wie z. B. von städtischen Beamten hinterlegte Kautionen (jeder Beamte hatte bei Dienstantritt eine vorher festgelegte Kaution zu hinterlegen) und die Vermögensbestände städtischer Unterstützungsvereine oder Innungskrankenkassen. Wieder ca. 20 Jahre später scheint der Aufgabenbereich wieder kleiner geworden zu sein, denn man legte erneut Fondskasse und Hinterlegungsamt zusammen, behielt allerdings zwei Abteilungen mit einem Vorstand als Leitung bei und schuf einen gemeinsamen Schalterraum.[48]

Wie es scheint, war diese Zusammenlegung der beiden Ämter Folge einer kleinen Verwaltungsreform im Jahr 1910, denn seit diesem Jahr trug die städtische Buchhaltung den Namen »Städtisches Rechnungsamt«. Und das Tax- und Expeditionsamt, 1900 bereits zum Tax- und Versendungsamt mit neuen Aufgaben aus dem Bereich Lokalbaukommission und Armenpflegschaftsrat geändert, wurde in Tax- und Vollziehungsamt umbenannt. Aufgaben dieses Amtes waren nun v.a. die Gebührenbewertung der Amtsführung, der Lokalbau- und Schulkommission sowie des gesamten Friedhofswesens. Dazu kam noch die Überwachung des Vollstreckungsdienstes, die Erledigung ausländischer »Ersuchschreiben« und die Einhebung von Rückständen und vieles anderes.[49] Diese doch relativ breit gefächerte Aufgabenpalette weist bereits auf das Problem hin, das es dann nach dem 1. Weltkrieg zu lösen galt.

Sehr langsam freundeten sich die Münchner mit dem bargeldlosen Zahlungsverkehr an. Noch um 1900 gingen offensichtlich nicht nur

*Banknote der Bayerischen Notenbank von 1875. Daneben liefen auch Banknoten der Deutschen Reichsbank (mit Golddekkung) und Kassenscheine der Reichsschuldenverwaltung gleichberechtigt im Zahlungsverkehr um.*

*Bayerische Banknote von 1900.*

Gebühren und Zölle bei den städtischen Kassen in bar ein, sondern auch alle direkten und indirekten Steuern. Die Stadthauptkasse dagegen unterhielt Konten bei denjenigen Banken, die städtische Anleihen betreuten und Konten bei der Filialbank, um dort Einnahmen der Stadt kurzfristig anzulegen. 1904 wurde dann die Einführung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs für die städtische Fondskasse groß im Verwaltungsbericht angekündigt; die Stadthauptkasse wickelte nun alle größeren Zahlungen über die Filialbank ab. 1910 schließlich meldete die Stadtkasse stolz, inzwischen Konten bei zwei Banken und bei der Post zu besitzen und sogar über Schecks über Anleihengelder zu verfügen. Obwohl man die Verminderung des Barumlaufs sehr propagierte, weigerte sich ein Großteil der städtischen Beamten und Lehrer auch weiterhin, ihre Gehälter und Pensionen auf ein Bankkonto überweisen zu lassen.[50]

*Reichsbanknote von 1908.*

*Reichsbanknote von 1910.*

Im Jahr 1910 entstand eine neue Amtsstelle, die direkt dem Finanzreferat unterstellt wurde: die Amtsstelle für Lustbarkeitsabgaben (Abgaben für Theaterkarten, Konzertkarten u.ä.). Deren Einnahmen wurden direkt an die Armenpflege weitergeleitet und damit ist bereits das Problem angesprochen, das zur Einführung der neuen Amtsstelle führte. Hatte man bereits gegen Ende des 19. Jahrhunderts darüber geklagt, dass die Zuschüsse der Gemeindekasse an die Armenkasse stetig anwachsen würden, machte sich nun dieser Trend nach der Jahrhundertwende noch wesentlich deutlicher bemerkbar. Um die Zuschüsse an die Armenkasse zu decken, erarbeitete das Finanzreferat eine neue Gemeindesatzung, die am 14. und 15. Februar 1910 in den beiden Gemeinderäten verabschiedet wurde und sowohl eine Erhöhung der seit 1829 bestehenden Lustbarkeitssteuer als auch eine Einführung der Kartensteuer (statt einer Pauschalabgabe) gestattete.[51]

Ein weiteres Aufgabenfeld der Stadt, das sich um die Jahrhundertwende abzeichnete, war das immer drückendere Wohnungsproblem. Die großen Baumaßnahmen der Prinzregentenzeit hatten vor allem Wohnungen für die Ober- und Mittelschicht geschaffen, während gerade für Menschen aus den unteren Schichten, die vermehrt in die Stadt zogen, um hier Arbeit zu finden, kaum Wohnungen zur Verfügung standen. Für die dringend notwendige Förderung des Kleinwohnungsbaues mussten daher mehrere Darlehen bei der Landeskulturrentenanstalt aufgenommen werden, um damit Kleindarlehen für Bauherren zu gewähren.[52]

Sowohl Wohlfahrtspflege als auch Wohnungsnot sollten nach dem 1. Weltkrieg die Stadtkasse einer enormen Belastungsprobe aussetzen. Und so konnte zwar 1909 ein Bearbeiter des Verwaltungsberichts befriedigt feststellen, dass das vorhergehende Jahr eine Zeit ruhiger, stetig fortschreitender Weiterentwicklung gewesen sei, die Weichen für die wirklich zentralen Themen der 20er und 30er Jahre waren jedoch bereits gestellt.

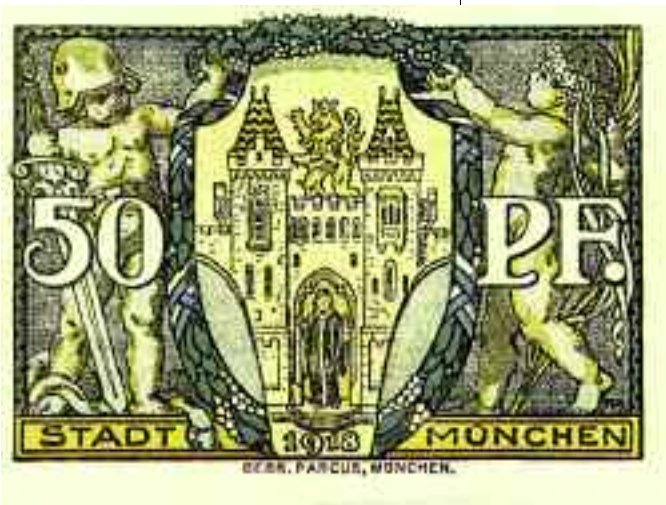
*Adam Kronenberger wurde 1918 Finanzreferent der Stadt.*

# Zeiten wirtschaftlicher Krisen (1914 – 1933)

## Der Gemeindehaushalt im 1. Weltkrieg

Mit dem Kriegsausbruch geriet die Stadt München in eine äußerst bedrängte finanzielle Lage, da schon sehr bald überdurchschnittlich hohe Ausgaben auf sie zukamen. Dabei handelte es sich hauptsächlich um Forderungen, die das Deutsche Reich an die einzelnen Gemeinden als Kriegsbeitrag stellte, wie z. B. der durch reichsrechtliche Bestimmungen gestützte Ausbau von Fürsorgeeinrichtungen für Bevölkerungsteile, die besonders unter den Kriegsfolgen zu leiden hatten. Eine – zumindest teilweise – Rückzahlung der Ausgaben war zwar in Aussicht gestellt, sollte jedoch noch lange auf sich warten lassen.[53] Aus einer Umfrage des Deutschen Städtetages, die nur den Zeitraum vom 1. August 1914 bis zum 31. Juli 1915 umfasste, ist die ganze Bandbreite der einzelnen Forderungen zu ersehen, die das Reich an die Stadt aus Anlass des Krieges stellte.

Da waren einmal die »Hindenburg-Spende«, Hilfeleistungen für Elsaß-Lothringen, Weihnachtsspenden und Liebesgaben für die Soldaten, Kosten für Einquartierung und Naturalverpflegung der Soldaten, für Krankenversorgung Verwundeter und für die militärische Jugendausbildung.[54] Finanziell besonders belastend für die Stadt waren die von ihr zu zahlende Familienunterstützung für die Familien der Einberufenen und die Kriegserwerbslosenfürsorge als Hilfeleistung für alle jene, die mit dem Ausbruch des Krieges arbeitslos geworden waren. Gegen Kriegsende kamen außerdem immer höhere Ausgaben für die hungernde und frierende Bevölkerung dazu: Lebensmittelkäufe zur Stützung der Preise von Fleisch, Kartoffeln, Kohl oder Bohnen, Schulspeisungen und Ankäufe von Kohlen, aber auch für ärztliche Versorgung und Arzneien. Allein in dem genannten Zeitraum von 1914 bis 1915 gingen an Kriegskosten zu Lasten der Gemeinde über 9 Millionen Mark, bis zum Kriegsende sollte sich dann eine Gesamtsumme von 159.205.024 Mark anhäufen.[55]




*Die Münzen der Monarchie wurden während des Ersten Weltkrieges wegen ihres Edelmetallwertes gehortet. 1918 gab die Stadt Notgeldscheine heraus.*

Als Arbeitgeber war die Stadtverwaltung sogar doppelt belastet, denn die Eingezogenen bezogen einen Teil ihrer Gehälter weiter, während an ihrer Stelle Aushilfskräfte eingestellt und ebenfalls bezahlt werden mussten. Für einige Teile der Stadtverwaltung wie z. B. das Rechnungsamt brachten die neuen gesetzlichen Bestimmungen noch eine kräftige Mehrung der Arbeitslast. Die vom Reich

zugewiesenen neuen Aufgaben riefen insgesamt sechs neue Rechnungsstellen ins Leben: die Stelle für »Besorgung der Rechnungsgeschäfte für die zahlreichen Kriegsämter«, die Stellen für Familienunterstützung, für Kriegswohlfahrtspflege, für Flüchtlingsfürsorge, für Aufruhrschadenersatz, für die Beschaffung von Massenquartieren und so weiter. Mit Kriegsende musste schließlich auch noch die Stelle für Demobilmachung geschaffen werden.[56]

Die Einnahmen der Gemeinde verringerten sich erheblich. Allein die Einkünfte an Gemeindeumlagen waren in der Zeitspanne von 1914 bis 1915 um 411.823 Mark gesunken. Mit den städtischen Gebühren verhielt es sich ähnlich, und auch bei der Lustbarkeitsabgabe, dem Pflasterzoll und sogar der Haupteinnahmequelle der Münchner Gemeindekasse, dem Lokal-Malz-Aufschlag, waren beträchtliche Einbrüche zu verzeichnen.[57] Natürlich erhöhte die Stadt darauf die Gebühren städtischer Einrichtungen, und sehr zum Ärger der Münchner zahlten diese nun bedeutend höhere Beträge für Gas und Strom, für die Straßenbahn und sogar für ihre Hunde (1912 war eine Hundeabgabe eingeführt worden). Als darauf die Anzahl der in der Stadt gehaltenen Hunde zurück ging, sah man das als erfreuliche Begleiterscheinung an.[58]

*Geldschein der Bayerischen Notenbank von 1922.*

Mit den sinkenden Gemeindeeinnahmen waren die hohen Kriegslasten nicht zu finanzieren und der Finanzreferent sah sich daher gezwungen, von der bisher geltenden Regel abzuweichen, Anleihegelder nur für zukunftsträchtige Investitionen zu verwenden. Schon bald aber stand er vor der Notwendigkeit, Geld auf jede nur erdenkliche Weise zu beschaffen und musste auf kurzfristige Darlehen und schließlich sogar auf Wechseldarlehen zurückgreifen. Die Stadt war nun in der Tat von einer »gesunden Finanzpolitik« abgewichen.[59]

Mit dem Kriegsende war abzusehen, dass ein großer Teil der Kriegskosten, der in den ersten Jahren nach Kriegsanfang noch als Leihgabe an das Reich galt, nie mehr zurückerstattet werden würde – mit einem verlorenen Krieg hatte schließlich niemand gerechnet. Als daher im Jahr 1919 der damalige Finanzreferent der Stadt, Dr. Adam Kronenberger, eine nüchterne Bilanz der Kriegskosten erstellte, teilte er die aufgelaufenen Schulden in drei Gruppen: Da waren einmal Aufwendungen, die man hoffen konnte, wenigstens teilweise wieder zurückerstattet zu bekommen, nämlich die Ausgaben für die verschiedenen Gruppen der Wohlfahrtsberechtigten. Hierbei handelte es sich um eine Summe von 101.557.888 Mark, wovon noch über 10 Millionen ausstanden. Bei der zweiten Gruppe war die Rückerstattung der Ausgaben von den Kriegsgesellschaften für Beteiligungen und Betriebsvorschüsse zu erwarten. (Sog. Kriegsgesellschaften waren zuständig für die Beschaffung, Zwischenlagerung und Verteilung von Rohstoffen und Lebensmitteln.) Bei Ausgaben von insgesamt 14.264.935 Mark fehlten noch 3.117.033 Mark. Die Ausgaben für die dritte Gruppe aber hatte die

*Bürgerkrieg in München 1919. Panzerfahrzeug der Regierungstruppen am Neuen Rathaus.*

*Stadtanleihe aus dem Revolutionsjahr 1918*

Gemeinde ganz allein zu bestreiten, wie z. B. für die Preisprüfungsstelle, für die Zulassungsstelle, für die Bekleidungsstelle und für die Lebensmittel, für Holz und Kohle, die Unterstützung für notleidende Künstler und für die Volksküchen. Hier beliefen sich die Kosten auf 12.985.301 Mark, wovon etwa die Hälfte gedeckt war durch Einnahmen und Ersätze. Der Rest musste mit Anleihen finanziert werden. Als Gesamtsumme der noch zu ersetzenden Ausgaben nannte Kronenberger schließlich eine Zahl von fast 68 Millionen Mark.[60]

Das größte Anliegen des Finanzreferenten bei Kriegsende war daher neben einer richtigen Bemessung der städtischen Gebühren, »sich beim Bayerischen Städtebund, beim Deutschen Städtetag, beim Bayerischen Finanzministerium und beim Reichs-Finanzministerium für die Neueinführung und Regelung der direkten und indirekten Steuern und Abgaben kräftig einzusetzen.«[61] Doch damit hatte Kronenberger ein Problem angesprochen, das auch noch nach dem 2. Weltkrieg für die Kommunen nicht zufriedenstellend geklärt war.

Zuerst einmal aber musste die Münchner Stadtverwaltung mit der neuen bayerischen Regierung unter Kurt Eisner verhandeln. Nach einer ersten Kontaktaufnahme zwischen Regierung und Stadtverwaltung am 8. November 1918 einigte man sich rasch auf ein »Weiterarbeiten wie bisher«. Einige besonders gefährdete Einrichtungen wie die Stadthauptkasse und die Sparkasse erhielten militärischen Schutz. Wichtigstes Anliegen der Stadträte war nun die Bewilligung neuer Anleihen, da die starke Belastung der Kriegsausgaben die Stadtkasse ausgeblutet hatte. Befürchtungen, die neue Regierung könnte sich dagegen aussprechen, waren jedoch unbegründet. Schon wenige Tage später wurde eine Anleihe von 5 Millionen Mark bewilligt und Ende 1918 noch einmal die gleiche Summe. Da die beiden Gemeindekollegien aufgelöst wurden, war nun der gebildete »Arbeitsausschuß« für Kreditbewilligungen zuständig. Am 3. Januar 1919 kam es zu einer Einigung über die Geschäftsordnung des »Arbeits- und Demobilmachungsausschus-

ses« und einer weiteren Kreditaufnahme von insgesamt 10 Millionen Mark bis April 1919 stand nichts mehr im Wege.[62] Im übrigen blieb die Münchner Stadtverwaltung von der neuen Regierung relativ unbehelligt.

In den letzten Wochen der Räterepublik wurde die Versorgungslage zunehmend schwierig: Lebensmittellieferungen waren unterbrochen, die Stadt vom Geldmarkt isoliert, bei den städtischen Kassen wurde das Geld sehr knapp. Für die Auszahlung der Arbeiterlöhne musste sogar auf die täglichen Einnahmen der Straßenbahn zurükkgegriffen werden und um den Geldumlauf wenigstens einigermaßen aufrecht zu halten, verlängerte man die Umlaufzeit des schon früher ausgegebenen städtischen Notgelds.[63]

*Inflation 1923. Die Notgeldscheine der Stadt verloren schnell ihren Wert.*

## Die schwierigen Inflationsjahre

Als mit dem Gemeinderecht vom 12. Mai 1919 den neuen politischen Verhältnissen in Deutschland Rechnung getragen wurde, war damit auch die Demokratisierung in der Stadtverwaltung erreicht: an Stelle der früheren zwei Gemeindekollegien, Magistrat und Gemeindebevollmächtigte, wovon nur der Magistrat wirkliche Entscheidungsbefugnis genoss, sollte nun ein einziger Stadtrat mit 50 ehrenamtlichen und 10 beruflichen Stadträten regieren. Schon einen Monat später, im Juni 1919, wählten die Münchner ihren ersten Stadtrat.[64]

Münchens neuer Stadtrat und sein Erster Bürgermeister Eduard Schmid hatten keine leichte Aufgabe vor sich. Immer noch herrschte in der Stadt eine äußerst ungenügende Lebensmittelversorgung, die Folge waren Preissteigerungen, mit denen Löhne und Gehälter nicht Schritt halten konnten. Bei Beamten, Angestellten und Arbeitern der Stadt musste mit Teuerungszulagen zumindest ein Teil der Lohn-Preis-Differenzen ausgeglichen werden,[65] sehr zu Lasten des ohnehin schon angegriffenen Stadthaushalts.

Vor allem ein Posten der Ausgabenseite setzte den Gemeindehaushalt einer zunehmenden Belastungsprobe aus: die Wohlfahrtspflege. Hohe Arbeitslosenzahlen nach der Demobilisierung, die kurzzeitig aufgefangen wurden von einem leichten wirtschaftlichen Aufschwung und die Verarmung weiter Kreise durch die ab 1920 immer deutlicheren Auswirkungen der Inflation ließen die Zahl der von der Wohlfahrt Unterstützten im Jahr 1923 auf 40.000 ansteigen (bei einer Einwohnerzahl von 666.000).[66] Neben dieser für die kommunalen Finanzen in ganz Deutschland mittlerweile so typischen Belastung folgte als zweiter Bereich Erziehung und Bildung, nach Aussage des Finanzreferats mit fast ebenso hohen Zuwendungen bedacht wie die Wohlfahrtspflege.[67] Ein weiteres

Problem war die Wohnungsnot, auch dieses bereits aus den Jahren vor dem Krieg bekannt, jedoch infolge der wachsenden Einwohnerzahlen der Stadt inzwischen so eklatant, dass die Stadt, um der größten Not abzuhelfen, im ersten Nachkriegsjahr 1 Million Mark für Barackenbauten aufwenden musste. In den Jahren 1921 – 1923 investierte München dann 600 Millionen Mark in die Wohnungsfürsorge und gewährte daneben Wohnungsbaudarlehen aus verfügbaren Fonds.[68]

*Auch in der Inflation wollte die Stadt nicht auf anspruchsvolle Gestaltung ihrer Geldscheine verzichten.*

Die Einnahmen aller Gemeinden hatten sich seit dem Ende des Krieges durch die Finanzgesetzgebung des Reiches deutlich verschlechtert. Mit dem 1. Oktober 1919 ging die Steuerhoheit vollständig an das Reich über, Länder und Gemeinden waren dadurch in ihren Möglichkeiten deutlich beschnitten, sie wurden zu »Kostgängern des Reiches«. Die wichtigste direkte Steuer, die Einkommen- und Kapitalertragsteuer, wurde nun von den staatlichen Finanzämtern erhoben, die Länder und Gemeinden sollten dann nach dem Finanzausgleichsgesetz anteilsmäßige Zuweisungen erhalten. Bis 1921 jedoch stand die genaue Berechnung dieser Zuweisungen und somit auch die Überweisung der Summe noch aus.[69]

Den Gemeinden waren Zuschläge auf die Einkommensteuer untersagt, ebenso die Erhebung gleichartiger Steuern. Zugestanden wurden ihnen nur Umlagen zur Grundsteuer, Haussteuer, Gewerbesteuer und der Steuer von »Gewerbetreibenden im Umherziehen«, also Hausierern. Dabei durften die Umlagen nicht mehr als 400 Prozent, zur Grundsteuer nicht mehr als 600 Prozent betragen. München verlor damit den bedeutendsten Teil seiner Gemeindeeinnahmen, denn die Einnahmen an Zöllen und Aufschlägen blieben weit hinter den Gemeindeumlagen zurück. Der Pflasterzoll wurde 1923 sogar ganz aufgehoben, da die Einnahmen die Verwaltungskosten nicht mehr deckten.[70]

Trotz sinkender Steuereinnahmen hatte die Stadt jedoch weiter hohe Ausgaben für Personal- und Sachkosten. Die Gebühren für Strom, Wasser oder Gas konnten aus sozialen Gründen nicht wesentlich erhöht werden, und auch wenn man in München über Gebührenerhöhungen klagte, so konnte der Finanzreferent doch nachweisen, dass die Stadt mit den Preisen für Strom und Gas, für Wasser und für die Straßenbahn unter den Gebühren anderer deutscher Städte lag.[71] Neue Steuerquellen im gesetzlichen Rahmen

mussten daher gefunden werden. Die dann neu eingeführten Steuern umfassten nicht nur die Erhöhung der Lustbarkeitsabgabe sowie eine Abgabe für das Halten von Reit- und Zugtieren und den Pauschzoll für Kraftfahrzeuge, sondern u. a. auch eine Wohnungsluxus-Steuer, die Personen-Aufzug-Steuer, die Wertzuwachssteuer, die Grundwertabgabe und schließlich noch die Warenhaus-Filialsteuer und die Schankerlaubnis- und Konzessionssteuer. Unter diesen in den Jahren 1919 bis 1923 eingeführten neuen Steuern, die auf breite Ablehnung stießen, sollte die Autorität der Stadtverwaltung empfindlich leiden. Auch die Gebührenerhöhungen bei Strom, Gas und Wasser, die letztendlich nur eine Anpassung an die Geldentwertung darstellten, erhöhten das Ansehen der Stadtspitze bei der Bevölkerung nicht.[72]

*Die Notgeldscheine der Stadt München hatten bald nur noch Sammlerwert.*

Bei Personal- und Sachkosten war die Stadtverwaltung zu rigorosen Sparmaßnahmen angehalten. Allein die Ausgaben für den Druck des Haushaltsplans 1922/23 betrugen 1.700.000 Mark. Man dachte daher darüber nach, den Haushaltsplan enger zusammenzufassen, um auf diese Weise Druckzeilen und damit Papier zu sparen. Andere Sparmaßnahmen, wie die Verlängerung der Arbeitszeiten städtischer Arbeiter oder ein Einstellungsstop bei städtischen Ämtern und Schulen, klingen realistischer. Schulklassen sollten vergrößert werden, um Strom zu sparen und den Bau neuer Schulen erst einmal hintanstellen zu können. Straßenbeleuchtung und Straßenreinigung sollten gedrosselt, die Bepflanzung der Alleen auf ein Minimum reduziert werden, da im kommenden Jahr der Touristenstrom sowieso ausbleiben dürfte.[73]

Trotz einiger nur angedachter und anderer, praktizierter Sparmaßnahmen war der Geldverfall nicht aufzuhalten. Die Finanzierung der städtischen Aufgaben gestaltete sich bei der zuerst steigenden und sich schließlich 1923 überschlagenden Inflation zunehmend schwieriger. Angesichts einer Entwertung der Mark im Jahr 1921 auf ein Viertel, 1922 auf ein Fünfzigstel wurden Aufstellung und Abgleichung der Haushaltspläne zum Vabanquespiel. (So stieg z. B. der Kreditbedarf der Stadt von 261.122.941 Mark im Jahr 1921 auf 26.140.108.375 Mark im Jahr 1923.) Im Haushaltsjahr 1922 waren daher zur Deckung der gemeindlichen Ausgaben zwölf Nachtragshaushalte nötig (gegenüber dem ursprünglichen Voranschlag musste der neunfache Betrag angesetzt werden) und 1923 waren von April bis September acht weitere nötig, bis man endlich im Oktober

ein neues Berechnungsverfahren einführte, das Gebühren und Kredite automatisch dem Stand der Geldentwertung anpasste.[74] Dabei war natürlich die Arbeitsbelastung des gesamten Finanzreferats enorm, und die täglichen Umrechnungen und Neuaufstellungen in jedem Bereich erforderten die Einstellung zahlreicher Hilfskräfte.

*Stadtanleihe von 1921: 50 Millionen.*

Trotz aller Versuche, die Einnahmen der Stadtkasse mit neuen Berechnungsgrundsätzen stabil zu halten und Gebühren in kürzeren Abständen, z. B. von einer Woche, einzufordern, waren die eingegangenen Geldbeträge am Tag ihrer Verrechnung schon fast wertlos. Auch die Steuerüberweisungen des Reiches hatten vom Tag ihrer Berechnung bis zum Tag des Eingangs jede Kaufkraft verloren. Und wenn daher die reinen Gemeindeeinnahmen des Jahres 1923 die vielversprechende Summe von über 18 Billionen aufwiesen, stand dieser Summe ein Jahres-Voranschlag von 35 Billionen Mark gegenüber. Einer drohenden Zahlungsunfähigkeit konnte die Stadt nur durch die Ausgabe von Notgeld entgehen, das später wieder eingelöst wurde.[75]

Als mit dem neuen Rechnungsjahr 1924 der Finanzreferent Dr. Kronenberger in seiner Etatrede am 21. Mai Bilanz zog, stellte er fest, dass der Hauptteil des Gemeindevermögens an Staats-, Gemeinde- und Industriepapieren durch die Inflation fast wertlos geworden war. Demgegenüber stand aber ein bedeutender Wertzuwachs an Grundbesitz. Rücklagen an städtischen Gemeindefonds hatte man größtenteils ihren Zwecken zugeführt und damit der Entwertung entzogen. Auch hier waren beträchtliche Sachwerte geschaffen worden, z. B. durch den Ausbau des Südwerks, durch das Auswechseln von Gleisen oder durch den Bau neuer Abwasseranlagen. Und schließlich hatte man trotz hoher neuer Anleihen den Schuldenstand durch den erhöhten Rückkauf an Stadtanleihen und nicht zuletzt durch die Inflation erheblich verringert und auf den Stand von vor 1914 gedrückt. (Es handelte sich immerhin noch um über 53 Millionen Mark.) Es war daher auch für das Jahr 1923 ein Überschuss zu verzeichnen und die Stadt wurde deshalb in der Öffentlichkeit zu den Inflationsgewinnlern gezählt.[76]

Den augenscheinlichen Gewinnen der Gegenwart standen allerdings schwerwiegende Minuspunkte gegenüber, die sich auf die Gemeindekasse erst in der Zukunft auswirken sollten. Das von der Gemeinde verwaltete Stiftungsvermögen war fast vollständig vernichtet, Krankenhäuser, Kinderheime und Sanatorien wiesen seit 1920 immer größere Ausfälle in ihren Jahresrechnungen auf, Beträge, die die Gemeindekasse zuschießen musste.[77] Wichtige Projekte, für die in den Notjahren der Inflation das Geld fehlte, wurden nun umso dringlicher.

Vergessen wurde auch nicht, dass die Zeichner von Stadtanleihen zu den Geschädigten zählten. Dabei ermöglichte die Stadt, um den Schaden zumindest bei Kleinanlegern zu begrenzen, Inhabern von Beträgen bis zu 20.000 Mark, die schon länger in deren Besitz waren, den Umtausch in neu auszugebende, hoch verzinsliche Anleihen oder einen Eintrag in das städtische Schuldbuch. Alte Papiermarkanleihen wurden mit 20 Prozent des Goldmarkwertes aufgewertet, durch einen höheren Zinsgenuss sollte wenigstens ein Teil des Wertverlusts wett gemacht werden. München lag mit diesem günstigen Umtauschkurs – den im übrigen die Regierung von Oberbayern festgelegt hatte – zusammen mit Stuttgart an der Spitze der deutschen Städte. Nürnberg, Hamburg oder Berlin boten nur einen Satz von 15 bzw. 12 1/2 Prozent.[78]

*Stadtanleihen von 1922: 500 Millionen.*

## Umstrukturierung und Neuorganisation

Die von der Stadtverwaltung ausgerufenen Sparmaßnahmen hatten für die Verwaltung einen sinnvollen Nebeneffekt: die Neuorganisation der städtischen Referate. Die umfassende und gut durchdachte Organisation der städtischen Referate in den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts war schon bald darauf wieder durchbrochen worden. Mit dem Anwachsen der verwaltungstechnischen Aufgaben wurden die neu entstandenen Bereiche nicht unbedingt gemäß ihrer thematischen Zugehörigkeit eingeteilt, sondern danach, welches Referat gerade am wenigsten mit Arbeit belastet war. Bereits 1919 hatte der umsichtige 1. Bürgermeister v. Borscht zum Ende seiner Amtszeit eine Denkschrift zur Neuorganisation der Stadtverwaltung verfasst und darin sehr klare Vorstellungen zur Neuorganisation geäußert: Die Arbeitsgebiete eines Referenten, so v. Borscht, müssten so zusammengestellt sein, dass Zusammengehöriges auf der Hand läge, Fremdartiges aber ferngehalten werde. Der Referent selbst sollte sich mit den grundsätzlichen Fragen befassen, die laufenden Geschäfte aber mussten von den Hilfskräften besorgt werden.[79]

An den Aufgaben des Finanzreferenten selbst änderte sich wenig, anders verhielt es sich bei den unterstellten Ämtern. Hier war das Ziel die straffere Organisation der Aufgaben und damit wesentliche Arbeitserleichterungen. Letztendlich aber strebte man eine deutliche Personalreduzierung an, um die Verwaltungskosten zu senken, ein Ziel, das allerdings nie erreicht wurde.

Der wichtigste Schritt in der Neuordnung des Finanzreferats war die Schaffung des Steueramts im Oktober 1923. In diesem Amt wurden nun alle mit Steuereinnahmen befassten Amtsstellen zusammengefasst. Grundstock des neuen Amtes wurde die seit 1918 bestehende Steuerstelle, deren Aufgabe die Sorge um rechtzeitige und anteilsmäßig gerechte Überweisung der städtischen Anteile an den Reichssteuern war; gleichzeitig aber hatte sie die Steuerpflicht der Stadt zu organisieren. Da einige steuerlich vorgebildete Beamte in

*Die Alte Kasse im Sparkassengebäude an der Ledererstraße.*

der Steuerstelle arbeiteten, konnten diese auch steuerpflichtigen Münchner Bürgern in »Rat und Tat« zur Seite stehen. Eine weitere Aufgabe der Steuerstelle bestand darin, jährlich eine Personenstandsaufnahme zu erstellen und daneben auch noch für die Finanzämter Rechtshilfe zu leisten. Da die Gemeinden ab 1922 dazu berechtigt waren, Gemeindeumlagen selbst einzuheben, ab 1923 dann noch zusätzlich für jeden Steuerpflichtigen ein Steuerbuch anzulegen hatten, wuchs dadurch die Arbeitsbelastung der Steuerstelle deutlich.[80]

Eine weitere wichtige Abteilung des jungen Steueramtes wurde der Steuerkontrolldienst bzw. Steueraußendienst, der aus drei Unterabteilungen bestand: dem Steuerüberwachungsdienst (1), dem Steuerkontroll- und Fahndungsdienst (2) und dem Buch- und Betriebsprüfungsdienst (3), wobei die Unterabteilung 1 vor allem Hilfstätigkeiten für die staatlichen Finanzämter verrichtete, während die beiden anderen Abteilungen für den wirksamen Vollzug der gemeindlichen Steuerordnung sorgten. Da bisher (bis 1923) nur ein kleiner Kreis der Steuerpflichtigen erfasst war, forderte der Finanzreferent einen Ausbau der Überwachungsabteilung, denn nur auf diese Weise könnten die »steuerlichen Interessen der Stadt« gewahrt, gleichzeitig aber eine größere »Steuergerechtigkeit« erzielt werden. Bei diesem Ausbau der Fahndungsstelle wurden auch Stellen geschaffen für die 23 Zolleinnehmer, die durch den Wegfall des Pflasterzolls arbeitslos geworden waren.[81]

Das neue Steueramt wies dann in seinem Stellenplan einschließlich eines Oberfinanzrates als Leiter 81 Stellen aus. Und in die vier Abteilungen des Amtes hatten nun wirklich sämtliche Steuerstellen und Steuerfahndungsstellen der Stadt Eingang gefunden, darunter auch die Hundeabgabenstelle oder die Lustbarkeitsabgabenstelle.[82]

Die Aufgabenbereiche des neuen Steueramts waren noch durch eine weitere entscheidende Änderung angewachsen. Bereits im März 1922 war das Tax- und Vollziehungsamt aufgelöst und dessen Aufgaben drei verschiedenen Ämtern übertragen worden. Dem Steueramt fiel nun die »Bewertung und Sollstellung aller gebührenpflichtigen Verhandlungen und Ausfertigungen des Stadtrats« zu, daneben die »Beglaubigung von Unterschriften und Abschriften amtlicher und privater Urkunden«.

Die Einhebung der Gebühren oblag dabei der Stadthauptkasse, die Beitreibung dieser Gebühren einem weiteren, neu gegründeten Amt, dem Vollstreckungsamt. In diesem neuen Amt mit insgesamt 17 Stellen (1 Vorstand, 9 Verwaltungsbeamte und 7 Vollstreckungsbeamte) konnten die 7 mittlerweile beschäftigungslosen Personen des aufgelösten Tax- und Vollziehungsamtes weiterbeschäftigt werden.[83] (Kurzzeitig unterstand das Vollstreckungsamt dem Referat 14 für Übergangswirtschaft, war dann aber seit 1927 wieder dem Finanzreferat unterstellt[84]). Der Stadthauptkasse waren seit 1917 die Mahn- und Beitreibungsverfahren übertragen, früher Sache des Rechnungsamtes und mit der Auflösung des Tax- und Vollziehungsamtes 1922 fiel ihr auch ein Teil der Aufgaben dieses Amtes zu.

Die Stadthauptkasse war nun mittlerweile mit der Erhebung aller Gebühren, Steuern und Abgaben betraut, ausgenommen nur die Geschäfte der Stiftungsbetriebe, die der Fondskasse angegliedert wurden.[85] Unabhängig von der Stadthauptkasse in kassentechnischen Fragen waren auch weiterhin die Kassenzweigstellen bei verschiedenen städtischen Anstalten: beim Schlacht- und Viehhof, bei den Krankenanstalten und bei dem Sanatorium Harlaching.[86]

*1922 war das Stadtgeld noch etwas wert.*

Eine Vervielfachung der Gebühren und Abgaben hatten in den schwierigen Jahren nach 1918 die Stadthauptkasse zu einem groß angelegten Betrieb werden lassen, eine Tatsache, der auch bei der Neuorganisation Rechnung getragen werden musste. Der neue Stellenplan sah nun neben Direktion und Girobuchhaltung (Abgabestelle für Anleihenzinsen, Versicherungs- und Gebührenmarken) sieben Kassen vor; dazu noch die Kasse des Ortsarmenverbandes und die Einziehungsstelle mit 55 Offizianten für die Einhebung von Gebühren.[87]

*Aktenschrank im Amtszimmer des Kämmerers von 1926*

*Stadtanleihe von 1923: 1 Milliarde.*

Die am stärksten besetzten Kassen waren die Kasse VI und VII, letztere für Gas-, Wasser- und Stromgebühren. Hier arbeiteten mittlerweile 107 Personen, da viele Münchner aufgrund der katastrophalen wirtschaftlichen Lage nicht zahlen konnten und daher Rükstände aufliefen. Außerdem war die Möglichkeit der Einzahlung per Postüberweisung aufgehoben und nun kamen alle Zahlungswilligen persönlich und dies vor allem in den Abendstunden. Der Raumbedarf der beiden Kassen war natürlich ebenfalls angewachsen und sie mussten daher ab November 1923 aus der Kassenhalle des Neuen Rathauses in das ehemalige Waffenmuseum im Rathaus bzw. in das Verwaltungsgebäude der Gaswerke am Unteranger verlegt werden. Als nach der Währungsreform wieder geordnetere Verhältnisse eingetreten waren, konnte das Aushilfspersonal von 366 Personen auf 271 Personen reduziert werden.[88] (Über die weiteren Beschäftigungsmöglichkeiten dieser Personen findet sich in den Akten kein Hinweis.)

Die Fondskasse war nun in drei Abteilungen unterteilt: die Abteilung für Vermögensverwaltung der Stiftungen und Gemeindefonds, die Abteilung für Hinterlagen, das Stadtschuldbuch und die Amtsvormundschaftskasse und die Rechnungsabteilung für den Stiftungsbetrieb. Das Stadtschuldbuch bestand seit Mai 1909 und war eine Einrichtung der Stadt für Eigentümer städtischer Schuldverschreibungen, die durch Hinterlegung der Papiere und einen Eintrag in das Stadtschuldbuch ihr Eigentumsrecht gegen Verlust sichern konnten. Mit dem Eintrag übernahm die Stadt die Verwaltung der hinterlegten Schuldverschreibung wie z. B. Übermittlung der Zinsen.[89]

Der bedeutendste Aufgabenbereich der Fondskasse war vor dem Krieg die Verwaltung der Stiftungsvermögen gewesen. Da die Stiftungen nun durch die Geldentwertung besonders in Mitleiden-

schaft gezogen waren, blieb das Weiterbestehen dieser Kasse für längere Zeit fraglich. Im Interesse der Gemeinde und auch der Stiftungen entschied man sich jedoch dazu, diese Kasse auch weiterhin aufrecht zu erhalten.[90]

Als letztes der dem Finanzreferat unterstellten Ämter unterzog sich schließlich im März 1924 das Rechnungsamt einer Neuorganisation. Das Rechnungsamt hatte nach Aussage des Finanzreferats Kontrolle darüber, ob die Kassen- und Vermögensverwaltung richtig, gesetzmäßig, sparsam und ehrlich geführt und der vorgeschlagene Haushaltsplan eingehalten werden. Daneben musste es eine bis ins einzelne durchgeführte Kalkulation im Interesse der richtigen Gebühren- oder Preisfestsetzung ermöglichen (dieses Amt war also verantwortlich für die Gebührenerhöhungen!) und schließlich noch ein klares Bild über den Wirtschaftserfolg und die Vermögenslage geben.[91] Das Rechnungsamt war nicht nur zuständig für die Vorarbeiten zum Haushaltsplan, sondern hier war das gesamte Rechnungswesen der Stadt zentralisiert. Für diesen Zweck war es in eine Vielzahl von Rechnungsstellen unterteilt, die jede für sich ein Teilgebiet wie z.B. die städtischen Krankenhäuser oder den Schlacht- und Viehhof bearbeitete. Dieses Verfahren brachte nicht nur Vorteile mit sich, denn jede Buchhaltung hatte sich trotz räumlicher Trennung den jeweiligen Bedürfnissen der verschiedenen Geschäftszweige anzupassen, was jedoch wieder nur in enger Verbindung mit diesem Geschäftszweig geschehen konnte.[92]

Unter den instabilen Währungsverhältnissen hatte dieses Amt am meisten zu leiden, da viele der Zahlungen, die früher halb- oder vierteljährlich angefallen waren, nun in wöchentlichen Raten erhoben wurden – ein verzweifelter Versuch der Stadtverwaltung, mit der rasenden Inflation Schritt zu halten. Bei den einzelnen Rechnungsstellen häufte sich daher ein ganzer Berg an Einzelrechnungen an, die erst einmal bearbeitet werden mussten. Dazu kam noch der Anstieg der Zahlungen auf dem Gebiet der Jugend- , Wohlfahrts- und Sozialpflege oder die Belastung durch die häufigen Gehaltsteilzahlungen, ein Versuch, die Löhne und Gehälter der Geldentwertung anzupassen. Einige der Rechnungsstellen waren daher bereits mit ihren Abrechnungen beträchtlich im Rückstand.[93]

Zur Arbeitsvereinfachung schlug man daher vor, einige dieser Rechnungsstellen, wie die Rechnungsstelle für die Krankenhäuser oder die Pfandleihanstalt in die jeweiligen Betriebe zu verlegen.
Dazu gehörten nach dem Beschluss vom 7. März 1924 die Buchhaltung der Pfandleihanstalt sowie der Invaliden- und Angestelltenversicherungsbeiträge und der Beamtenpensionen. Beim Arbeitsamt München richtete das Rechnungsamt eine Außenstelle ein. (Sie blieb dort allerdings nur bis zur der Verstaatlichung des Arbeitsamtes 1927.)[94]

*Stadtanleihe von 1923: 285 Milliarden.*

## Aufschwung und Weltwirtschaftskrise

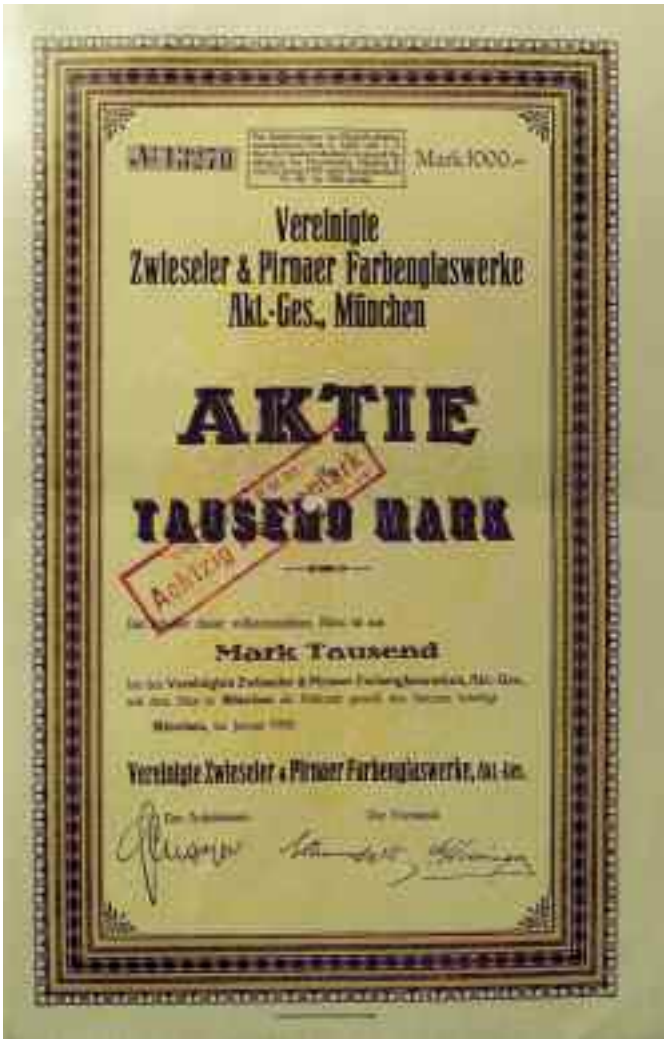
*Anleihen und Aktien der Münchner Unternehmen dienten der Kapitalbeschaffung für die expandierende Wirtschaft.*

Als mit der Einführung der Rentenmark wieder geordnete Verhältnisse einkehrten und die Finanzlage der Stadt sich 1924 als durchaus zufriedenstellend erwies, war es möglich, im Finanzreferat wieder die »anerkannten Grundsätze einer gesunden Finanzpolitik anzuwenden«.[95] Da sich der Haushaltsplan für 1924 nicht auf die Vorjahresergebnisse stützen konnte und noch nicht bekannt war, wie hoch der Steueranteil der Gemeinde, ihre Haupteinnahmequelle, ausfallen würde, mussten Einnahmen und Ausgaben vorsichtig geschätzt werden. Nach den Empfehlungen des Deutschen Städtetages erfolgte die Aufstellung des neuen Haushaltsplans nach einer Umgruppierung der bisherigen Einteilung. Um die Ausgaben der Gemeinde in Zukunft besser abschätzen zu können, wurden ab April 1925 von den einzelnen Referaten allmonatliche Bedarfsanmeldungen gefordert und ab 1926 eine Vierteljahreskalkulation aus dem gleichen Grund eingeführt.[96]

Jedoch auch in der nun folgenden Zeit des kurzen wirtschaftlichen Aufschwungs gestaltete sich die kommunale Finanzpolitik schwierig. Nach einer kurzzeitigen Senkung der Gebühren der städtischen Werke mussten diese bald wieder erhöht werden, da sich die Einnahmenseite des Gemeindehaushalts nicht so positiv gestaltete wie erwartet. So hatte das Reichssteuergesetz von 1925 nicht die erwünschte Gerechtigkeit bei den Zuweisungen für die Gemeinden im Rahmen des Finanzausgleichs gebracht. Im Gegenteil – die Anteile der Länder, und damit auch der Gemeinden an den Einkommen- und Körperschaftsteuern wurden von bisher 90 Prozent auf 75 Prozent gekürzt, der Anteil an der Umsatzsteuer von 3/5 auf 1/2 und der Satz der Grunderwerbsteuer von 4 v.H. auf 3 v.H. herabgesetzt. Senkungen mussten die Gemeinden auch bei der Mietzinssteuer hinnehmen sowie bei einigen anderen Steuerarten. Erhalten blieben die Gemeindeumlagen und die Getränke- und spätere Biersteuer.[97]

Zum stärksten Aktivposten kommunaler Einnahmen wurden nun die Gemeindebetriebe, eine Entwicklung, wie sie sich bei fast allen deutschen Städten abzeichnete.[98] Wie schon in den Vorkriegsjahren investierte daher München hohe Summen in den Ausbau der städtischen Werke, finanziert über Anleihen: im Jahr 1924 betrug der Anteil dieser Investitionen immerhin 109,5 Millionen Mark bei einer Neuverschuldung von insgesamt 163 Millionen Mark.[99]

Der Versuch, diese Einnahmequelle auszudehnen und die Kommunalisierungspolitik der Vorkriegszeit wiederaufzugreifen, scheiterte jedoch. Sowohl die 1919 in städtische Hände übergegangene Straßenreinigung, die Städtereklame (seit 1923) oder der städtische Unfalls- und Krankentransport erwiesen sich als wenig ertragreich. Als 1924 der Stadtrat die Beteiligung an mehreren Hotels beschloss, darunter auch am Hotel Vier Jahreszeiten, scheiterte dieses Unterfangen an einem Entrüstungssturm in der Öffentlichkeit, der sich bis zu Morddrohungen gegen den Finanzreferenten Kronenberger steigerte.[100]




Angesichts einer wenig zufriedenstellenden Finanzlage wuchs die Erbitterung über spärliche Zuweisungen vom Reich, während andererseits die Reichsgesetzgebung den Gemeinden schwere Pflichten auferlegt hatte. Besonders im Bereich der Wohlfahrtspflege wurde diese Belastung immer deutlicher spürbar und in München machten sich die wirtschaftlichen Einbrüche immer stärker bemerkbar. (Abzulesen ist die angespannte finanzielle Lage, in der sich weite Kreise der Bevölkerung befanden, am steigenden Arbeitsaufwand des Vollstreckungsamtes, das die Gebühren der städtischen Werke einzutreiben hatte.)[101] Mit dem Steigen der Arbeitslosenzahlen und damit der Zahl der Fürsorgeempfänger erreichte die Belastung des Gemeindehaushalts durch Ausgaben für das Wohlfahrtswesen bisher nicht gekannte Höhen. In den Jahren 1924 bis 1928 hielt das Wohlfahrtswesen immer einen Mindestanteil von 32 Prozent am städtischen Nettogesamtbedarf, um dann im Jahr 1932 sogar auf 46 Prozent zu steigen. Der zweithöchste Anteil entfiel dann auf das Schulwesen mit etwa 15 Prozent, gefolgt von dem städtischen Kostenanteil am Polizeiwesen und schließlich den Bauaufgaben.[102]

Der in München noch immer herrschenden Wohnungsnot konnte nur durch rasche und umfangreiche Bauvorhaben begegnet werden. Da aber der Wohnungsbau aufgrund hoher Baukosten und drastisch gestiegener Zinsen für private Unternehmer wenig Anreize bot, musste die Förderung des Wohnungsbaus zu einer zentralen Aufgabe der Kommunen werden. München investierte daher 1926 über 7 Millionen Mark, 1927 noch einmal über 6 Millionen Mark in den Wohnungsbau, in der Form von Zins- und Tilgungszuschüssen für Bank- und Sparkassenhypotheken. Ein 1928 neu ins Leben gerufenes Projekt war aufgrund der finanziellen Einbrüche im städtischen Haushalt nicht mehr finanzierbar und die Stadt musste 1931 vorzeitig ausscheiden.[103]

Natürlich waren diese Investitionen wie auch der Ausbau der städtischen Versorgungsbetriebe nicht aus dem regulären Gemeindeetat, sondern nur mit Schuldaufnahme zu tätigen. Dabei wurde die Aufnahme von Darlehen und Anleihen zunehmend schwierig. Bei der in Deutschland herrschenden Kapitalnot, der jedoch eine starke Nachfrage gegenüberstand, war für langfristige Kommunalkredite die Realverzinsung dramatisch gestiegen, einem Auslandskredit

*1926 reist Oberbürgermeister Scharnagl (2.v.r.) nach New York, um die Anleiheurkunden einer Dollar-Anleihe der Stadt München eigenhändig zu unterzeichnen.*

zu besseren Bedingungen stand jedoch in den meisten Fällen die staatliche Aufsichtsbehörde entgegen, die nur selten eine Genehmigung erteilte.

1926 konnte die Stadt dann die Erlaubnis für eine Auslandsanleihe von 8,7 Millionen Dollar bei zwei NewYorker Banken erreichen. Die Anleihe war mit 7 Prozent zu verzinsen und innerhalb von 20 Jahren zu tilgen. Zur Unterschrift reiste Münchens Oberbürgermeister Scharnagl zusammen mit dem Finanzreferenten Pfeiffer eigens mit dem Flugzeug nach NewYork. (Sowohl dasTransportmittel als auch der Anlass der Reise waren damals nicht alltäglich.) 1928 wurde dann eine weitere Auslandsanleihe von 1,6 Millionen Pfund mit einer Tilgungszeit von 21 Jahren genehmigt, diesmal bei einem Londoner Bankhaus. Inlandsanleihen waren dann wieder ab 1929 möglich und in diesem Jahr wurde auch noch einmal eine 8-prozentige Anleihe der Stadt München über 20.000.000 RM zur Zeichnung aufgelegt.[104]

Einsparungen versuchte man bei den Verwaltungskosten zu erzielen, einem weiteren Schwerpunkt der Ausgabenseite im Gemeindehaushalt seit dem Ende des 19. Jahrhunderts. Im Finanzreferat ging man daher an eine Straffung der Aufgabenbereiche. Im Steueramt waren 1927 alle Einzelkassen in 6 Abteilungen zusammengefasst, Kassenzweigstellen wie die Kassen der Krankenhäuser aufgehoben und bei der Stadthauptkasse zentralisiert. Im Rechnungsamt wurden ebenfalls Abteilungen zusammengelegt und deren Arbeitsweise besser organisiert. Personaleinsparungen waren jedoch letztendlich nicht zu erzielen, da nicht nur die neue Abteilung für Statistik (ab 1927) aufgebaut werden musste, sondern auch wegen eines deutlichen Anstiegs der zu erledigenden Arbeit in allen Ab-teilungen mehr Personal gebraucht wurde. Dagegen brachten die überall eingeführten Schreib- und Rechenmaschinen, Registrier- und Buchungsmaschinen, das Karteiensystem, das mittlerweile Standard war und die Adressieranlage (Adrema) zwar neue Kosten, aber doch wesentliche Arbeitserleichterungen. Und endlich hatte sich auch bei der Stadthauptkasse der bargeldlose Verkehr durch-

1000 1000

CITY OF MUNICH, GERMANY

(Landeshauptstadt München)

No. 7204 No. 7204

SEVEN PER CENT. SERIAL GOLD BOND OF 1925.

DATED AUGUST 1, 1925 SERIES XVII DUE AUGUST 1, 1942

The City of Munich (hereinafter called the City) for value received, hereby promises to pay to the bearer hereof on the first day of August 1942, unless before that date this bond shall have been redeemed in accordance with the provisions hereof, at the principal office of Harris, Forbes & Company, in the Borough of Manhattan, City and State of New York, or at the option of the bearer, at the principal office of Harris, Trust and Savings Bank, in the City of Chicago, State of Illinois, the principal sum of — Dans Thousand Dollars — in gold coin of the United States of America of or equal to the standard of weight and fineness existing August 1, 1925, and to pay interest thereon from August 1, 1925, until this bond is paid, at the rate of seven per cent (7%) per annum, semi-annually, on the first days of February and August in each year, in like gold coin, at said offices, but only in presentation and surrender of the respective interest coupons hereto attached as they severally mature. Both principal and interest as aforesaid shall be paid without deduction for any taxes, charges, stamp, transfer or other duties or deductions of any nature, past, present or future, levied by the Government of Germany or by any state, department, municipality or other public authority in Germany whatever, it may be. In the event of a withholding or deduction or withholding on account of any such tax, charge, duty or other deduction, by virtue of any law of Germany or of any political subdivision thereof, it is agreed that the amount of principal and/or interest, as the case may be, payable as hereinafter provided shall be increased so that the net amount receivable by the bearer of this bond shall not be diminished below the amount hereby contemplated because of any such deduction or withholding. This bond is one of a duly authorized issue of bonds of the City known as the Seven Per Cent Serial Gold Bonds of 1925 limited to the aggregate principal amount of Eight Million Seven Hundred Thousand Dollars ($8,700,000) at any one time outstanding issued in twenty series each consisting of $435,000 principal amount of bonds, designated respectively as Series I to Series XX, and maturing respectively on the first day of August in each of the years 1926 to 1945 both inclusive. This bond is one of a duly authorized series designated as Series XVII, Due August 1, 1942. — The City guarantees this bond with all its assets and revenues. If the City should hereafter at any time secure any prior indebtedness by a specific pledge or charge on any of its properties or revenues, whether such properties or revenues be directly owned by the City or indirectly as through stock ownership or otherwise, the City covenants that the bonds of this issue shall be secured by such pledge or charge equally and ratably with the other indebtedness secured or to be secured thereby. The bonds of this issue are not subject to redemption in advance of their respective due dates until August 1, 1932, but on or after said date the bonds of any series then outstanding may be redeemed, either in whole or in part, on any interest date at 102½% of their principal amount and accrued interest, provided notice of redemption so to redeem such bonds shall have been published by the City at least four times at intervals of not more than two weeks nor less than one week, in two English language newspapers of general circulation, one in the City of New York and one in the City of Chicago, the first publication in each of said papers to be made not more than ninety days nor less than sixty days prior to the redemption date. In the event of the redemption of a part only of the bonds of any series, the bonds so to be redeemed shall be selected by lot, and the notice to be published as aforesaid shall specify the numbers of the bonds drawn for redemption. In the event of a default by the City with respect to the payment of any principal or interest falling due hereunder, or in the performance of any other covenant herein contained on its part to be performed, all bonds of this issue then outstanding may be declared and shall forthwith become due and payable at 102½% of their principal amount and accrued interest by declaration to the City made in writing by or on behalf of the holders of a majority in amount of the bonds then outstanding. This bond is transferable by delivery. Neither this bond nor any of the accompanying interest coupons shall become valid or obligatory for any purpose until the form of certificate endorsed hereon shall have been signed on behalf of the Deutsche Bank.

In Witness Whereof, the City has caused this bond to be signed on its behalf by two representatives of its Stadtrat, thereunto duly authorized, and coupons for said interest bearing the facsimile signatures of two representatives of its Stadtrat to be attached hereto, all as of the first day of August 1925.

This bond is one of the Seven Per Cent Serial Gold Bonds of 1925 of the City of Munich, and forms part of the Series designated thereon, and the signatures thereon are genuine.

Deutsche Bank

By

City of Munich

Representatives of the Stadtrat

Dollar-Anleihe der Stadt München von 1925.

*Bereits 1920 begann die Stadt, Geld im Ausland zu leihen. Die Anleiheurkunde erschien in deutscher und englischer Sprache.*

setzen können: Renten und Gehälter wurden nur mehr über Postanweisung ausgezahlt.[105]

Der Gemeindehaushalt befand sich mittlerweile in einer schwierigen Lage. Immer mehr Ausgaben, die früher aus laufenden Einnahmen beglichen werden konnten, wie z. B. die Straßenbeleuchtung, musste man nun mit Krediten decken, eine Finanzpolitik, die entschieden dem bewährten Grundsatz zuwiderlief, nur rentierliche Ausgaben mit Krediten zu finanzieren. Ein Teil dieser Schulden war noch dazu mit kurzfristigen Krediten gedeckt, die unter schwierigen Bedingungen in langfristige umgewandelt werden mussten, um die Gemeinde liquide zu halten. Bereits 1927 hatte daher der Finanzreferent auf den »unschönen« Haushaltsplan 1928 verwiesen (der im übrigen 23 Sitzungen des Haushaltsausschusses in Anspruch genommen hatte).[106]
Angesichts eines bis 1929 angewachsenen Schuldenberges von ganzen 230 Millionen RM (bei einem Gesamthaushalt von 237 Millionen RM)[107] forderte Pfeiffer eine rigorose Sparpolitik. Da für die

*Sterling-Bond der Stadt München von 1928.*

*Die Anker-Buchungsmaschinen revolutionierten die Rechnungsführung der Stadt und waren jahrzehntelang in Gebrauch.*

Landeshauptstadt München **Stadtkämmerei**

Rechnungsjahre 1929 und 1930 eine weitere Verschuldung um 171 Millionen RM eingeplant wurde, errechnete Pfeiffer eine pro Kopf Verschuldung von 245 RM für jeden Münchner. Die Finanzierung des Haushaltsplanes war damit, wie Pfeiffer vorausgesagt hatte, nur mehr teilweise möglich, und daher wurden dann Ende 1929 Kredite von rund 54.000.000 RM gesperrt.[108]

*Die Aktien des Münchner Tierparks halfen zur Kapitalbeschaffung der ältesten Freizeiteinrichtung der Stadt.*

Bereits der Haushaltsplan 1930 ergab dann einen Fehlbetrag von rund 16 Millionen RM, eine dritte Auslandsanleihe sowie die Aufnahme weiterer Inlandskredite scheiterten. Ab 1931 war die Stadt durch staatliche Notverordnungen zur Kürzung der Ausgaben gezwungen und trotz einer bei den Bürgern unbeliebten Erhöhung von Steuern und Gebühren ihrer finanziellen Bewegungsfreiheit weitgehend beraubt. Eine Kommission, bestehend aus den beiden Bürgermeistern, dem Finanzreferenten und seinem Korreferenten, entschied von Fall zu Fall über die Verteilung der beschränkten flüssigen Mittel.[109]
In dieser angespannten Lage legte das Finanzreferat eine neue Form des städtischen Haushaltsplans vor: Wie bisher verfertigten die 8 Hauptverwaltungsgruppen ihre Einzelhaushaltspläne; Einnahmen und Ausgaben waren nun aber in gleichartige Gruppen unterteilt und damit wurde eine bessere Übersicht erreicht. Dieses neue Muster des Haushaltsplanes, verfasst nach den allgemeinen Grundsätzen des Deutschen Städtetages, wurde daraufhin für alle Verwaltungszweige, auch die städtischen Werke, verbindlich erklärt.[110]

Die neue Übersichtlichkeit zeigte leider nur zu deutlich die Fehlbeträge im Gemeindehaushalt, zurückzuführen vor allem auf die hohen Ausgaben im Bereich der Wohlfahrtspflege: Die Zahl der Arbeitslosen lag in München für das Jahr 1931 bei über 70.000 und stieg dann bis 1933 noch einmal an auf etwa 85.000.[111] Obwohl nur etwa 89% der Arbeitssuchenden Unterstützungsbeträge erhielten und die Zahlungen für den Einzelnen reduziert wurden, war der Zusammenbruch nicht mehr aufzuhalten. Für das Haushaltsjahr 1931 betrug der Fehlbetrag rund 20 Millionen RM, für 1932 rund 16 Millionen RM. Nach zahlreichen Ausschuss- und Stadtratssitzungen weigerte sich die Gemeinde, den hoffnungslos überlasteten Etat zur Deckung zu bringen und wollte dies als Protestaktion gegen die staatliche Finanzpolitik verstanden wissen. Der städtische Haushalt wurde von der Staatsaufsichtsbehörde zwangsabgeglichen.[112]

*Naziherrschaft. Oberbürgermeister Fiehler trat in Parteiuniform auf.*

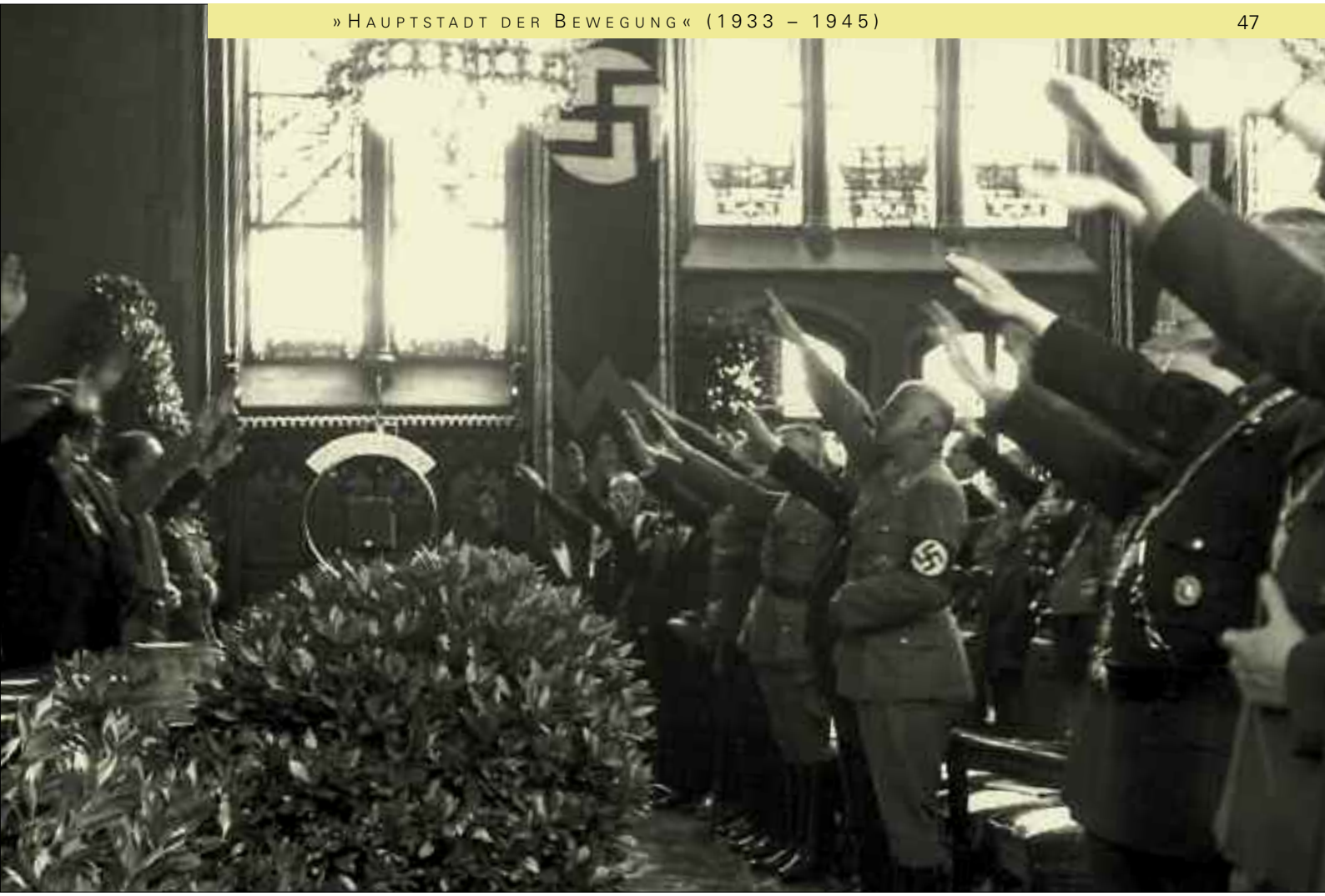
# Kämmerei der »Hauptstadt der Bewegung« (1933 – 1945)

## Das Ende der kommunalen Selbstverwaltung

Mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten im Münchner Stadtrat am 20. März 1933 war auch hier der Weg frei für ein Umorganisieren der Stadtverwaltung im Sinne der »Gleichschaltung« und das Ausrichten aller kommunaler Ebenen auf ein hierarchisches System, an dessen Spitze ein Führer stand – in diesem Fall der neue Bürgermeister Karl Fiehler. Mit dem Gemeindeverfassungsrecht und dem Gemeindefinanzgesetz vom 15. Dezember 1933 und schließlich der Deutschen Gemeindeordnung vom 1. April 1935 war dem kommunalen Selbstverwaltungsrecht ein Ende gesetzt. Der Bürgermeister führte nun die Verwaltung »in voller und ausschließlicher Verantwortung«. Die Referenten, nun »Beiräte« genannt, standen dem Bürgermeister beratend zur Seite, vertraten jedoch in ihrem eigenen Fachressort den Bürgermeister voll verantwortlich. Ihre Position wurde auf diese Weise also beträchtlich gestärkt.[113] Dies ging sogar so weit, dass der Finanzreferent ab 1940 dazu ermächtigt war, der Inanspruchnahme von »Verstärkungsmitteln« oder von »über-oder außerplanmäßigen Ausgaben« bis zu einem Höchstbetrag von 25.000 RM ohne Nachtragshaushaltssatzung zuzustimmen.[114]

Die Mehrzahl der berufsmäßigen Stadträte arrangierte sich mit den Nationalsozialisten, darunter auch der Finanzreferent. Andreas Pfeiffer, Finanzreferent seit 1926, galt als »klassischer Verwaltungsjurist« mit umfassender Erfahrung in verschiedenen Verwaltungsbereichen (z. B. Leiter des Lebensmittelamts) und war auch außerhalb der Stadt als Fachmann anerkannt. Sein Verbleiben im Stadtrat erklärt sich aber wohl am besten aus der Tatsache, dass Pfeiffer 1933 in die Partei eintrat, da er sonst, eigenen Angaben zufolge, zwangspensioniert geworden wäre.[115]

Da nach den neuen Bestimmungen die Stadt München dazu verpflichtet war, ihr Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen durch eine Finanzordnung zu regeln, nahm man diese Arbeit sofort in Angriff. Dies war um so nötiger, als man sich in München bisher an »altem Herkommen« orientiert hatte. Bei der Bearbeitung hielt sich das Finanzreferat im wesentlichen an die Mustersatzung und Vorschläge des Deutschen Gemeindetags. Eine weitere Neuerung war dagegen eher ein Rückschritt: Da es »bei dem überragenden Interesse, das allen städtischen Finanzfragen unter den gegenwärtigen Verhältnissen entgegengebracht wird« erforderlich schien, diese städtische Dienststelle auch verwaltungsorganisatorisch besonders



*Gleichgeschaltet. Sitzung des Münchner Stadtrats 1933.*

herauszuheben, erhielt das Finanzreferat ab 19. Januar 1934 in Anlehnung an den mittelalterlichen »Kämmerer« die Bezeichnung »Stadtkämmerei«, der Finanzreferent dementsprechend die Bezeichnung Stadtkämmerer.[116] Diese Bezeichnung wurde nach 1945 für die Finanzbehörde der bürgerlichen Selbstverwaltung beibehalten. Ab 1. Juli 1934 wurde dann aus dem Referat 3 das Referat 2 und ab 1937 sogar das Referat 1.[117]

Während die neue Finanzordnung der Stadt München noch etwas auf sich warten ließ, präsentierte der Kämmerer den Haushaltsplan für 1934 bereits in seiner neuen Form (eine wesentliche Änderung war der Übergang vom Ist- zum Sollabschlussverfahren[118]). Die Neugestaltung der Haushaltspläne war schon vor der Machtergreifung erfolgt, wurde nun aber im Verwaltungsbericht für das Jahr 1933 als Errungenschaft einer neuen Ära der straff durchorganisierten Verwaltung präsentiert.[119]

Ebenso schnell – zumindest nach außen – konnte im Stadtrat der erste Haushaltsplan nach der Machtergreifung verabschiedet werden. Dabei wurde die Tatsache verschleiert, dass dieser so problemlos und ohne ermüdende Dauersitzungen abgeglichene Haushaltsplan von Bürgermeister Fiehler auf dem Weg der »dringenden Anordnung« vorgelegt worden war und nun von einem in Uniform erschienenen und zur Einmütigkeit eindringlich ermahnten Stadtrat einstimmig angenommen wurde. Von den durchaus stürmisch

*Das neue Stadtwappen 1936: Reichsadler und Hakenkreuz.*

verlaufenden Diskussionen im Hintergrund war nicht mehr die Rede. In den folgenden Jahren wurde dann bei den Haushaltsberatungen ein fast schon festgelegtes Protokoll beibehalten: Der Kämmerer trug seine Haushaltsrede in der Fraktion der NSDAP vor und hier wurde auch der Beschluss über den Haushalt gefasst. Die Abstimmungen in Finanzausschuss und Stadtrat waren dann nur noch eine Formsache.[120]

Dabei waren auch nach 1933 die finanziellen Probleme keineswegs beseitigt. Für die Stadt herrschte aufgrund des »Gemeindeumschuldungsgesetzes" vom 21. September 1933 ein Kreditaufnahmeverbot, das die Stadt auf verschiedenen Wegen zu umgehen suchte. Trotzdem konnte die Abgleichung des Haushalts nur mit einer rigorosen Ausgabendrosselung erreicht werden.[121] Auch die neuen Steuergesetze brachten hier wenig Erleichterung, da zwar einerseits der Verteilerschlüssel für die Einkommensteuer die Stadt begünstigte, andererseits aber die Gemeindeanteile bei der Umsatzsteuer reduziert wurden. Eine wirkliche Verbesserung konnten also nur wirtschaftlicher Aufschwung und damit steigende Steuereinnahmen bringen.[122]

Nicht nur der Staat nahm nun Einfluss auf die Finanzpolitik der Stadt. Bereits im Haushaltsplan 1936 wurden 100.000 RM als Rücklage für Aufwendungen der NSDAP eingesetzt, und von da an mussten städtische Ausgaben in immer größerem Umfang für die Partei aufgewendet werden.[123] Während des 2. Weltkriegs wuchs der Einfluss der Partei und auch der Wehrmacht auf den städtischen Haushalt, denn nun hatte die Stadt auf Anordnung Gieslers als Reichsverteidigungskommissar auch noch Reichsleistungen zu finanzieren.[124]

*Das Rathaus unter dem Hakenkreuz (1933).*

Eine besondere Rolle nahm bei der Gestaltung des städtischen Haushaltsplanes Adolf Hitler ein. Seiner Vorliebe für die Stadt war es zu verdanken, dass er sich an der von ihm gewünschten Neugestaltung des Stadtbilds intensiv beteiligte und finanzielle Probleme dabei keine Rolle spielen durften. Allein die Ernennung Münchens zur »Hauptstadt der Deutschen Kunst« kostete die Stadt Millionen: ihr Beitrag zum jährlichen »Tag der Deutschen Kunst« war auf 1 Million RM festgesetzt, eine weitere Million war als Grundstock für die Förderung der Künste gedacht.[125]

Der Ausbau der »Hauptstadt der Bewegung« sollte aus einem Reichsdarlehen zu 250 Millionen RM und aus Zuschüssen unterschiedlichen

*Devotionalien der Gewaltherrschaft.*

*Ehrenschild der „Hauptstadt der Bewegung".*

*Schlüssel zum Alten Rathaus.*

*Kranzschleifen der Stadt.*

Ursprungs nach einem Sonderhaushaltsplan finanziert werden. Der Beitrag der Stadt war vor allem für städtebauliche Maßnahmen zu verwenden, die zu »ihrer Neugestaltung« erforderlich werden würden. Dazu gehörten u.a. Ersatzwohnungsbauten für die bei Straßenerweiterungen niedergelegten Häuser, Unterkunftsbauten für die Arbeiter, neue Straßen wie die Zubringerstraßen zur Autobahn, Kanalisationsanlagen, 3.000 Rosskastanien zur Begrünung der Straßen, sowie die Erweiterung der städtischen Versorgungsbetriebe, die in diesem Ausmaß von Seiten der Stadt nicht geplant gewesen war.[126]

In seinen Vorschlägen zur Finanzierung der Bauvorhaben im Dezember 1938 wies der Kämmerer darauf hin, dass die großen Belastungen der Gemeindekasse bei den »verheerenden Auswirkungen des innerbayrischen Finanzausgleichs« die Stadt bereits dazu zwängen, notwendige Bauvorhaben wie Schulen oder Straßen zum großen Teil aus außerordentlichen Einnahmemitteln (also Darlehen) zu bestreiten. Für die Ersatzwohnbauten hatte die Stadt Mittel vorschießen müssen, da sich das Reich wieder einmal als säumiger Zahler erwiesen hatte. Angesichts knapper Mittel und der zunehmenden »Einengung gemeindlicher Einnahmequellen« mahnte Pfeiffer zum Überdenken der Projekte und zur Sparsamkeit.[127]

Bis 1940 wurden von der Stadt immerhin 5.193.505 RM vom ordentlichen Haushalt und 452.863 RM als überplanmäßige Ausgaben geleistet. Im Jahr 1942 kamen noch einmal 606.460 RM Schuldendienst dazu.[128] Im vierten Kriegsjahr 1943 wurden die Planungen eingestellt, zahlreiche Monumentalbauten und der finanzielle Ruin blieben der Stadt erspart.

*Gauleiter Wagner eröffnet im Rathaus den Kreistag (Bezirkstag) München.*

## Die Ämterstruktur bis 1945

Eine vollständige Umstrukturierung, wie sie in anderen Referaten nach der Machtergreifung durchgeführt wurde, fand bei der Kämmerei nicht statt, da bei ihr bereits, wie vom Gemeindetag empfohlen, die Bearbeitung aller finanziellen Fragen konzentriert war. Mit dem Sparkassengesetz vom 21. Dezember 1933 wurde allerdings die Stadtsparkasse, bereits seit längerer Zeit eine relativ eigenständige Einrichtung, eine Anstalt des öffentlichen Rechts und damit selbständig.[129]

Auch von einer weiteren Umstrukturierung der Stadtverwaltung im Jahr 1937 waren einzelne Ämter, nicht aber der engere Bereich der Stadtkämmerei betroffen. Wie andere Geschäftsbereiche auch führte sie nun allerdings in Angleichung an den norddeutschen Sprachgebrauch die Bezeichnung Dezernat. (In Norddeutschland bezeichnet »Referent« einen nachgeordneten Beamten, so Fiehler, was sich im »innerbehördlichen Verkehr« hinsichtlich der »autoritären Stellung« des Kämmerers ungünstig auswirken könnte.)[130]

*Selbst das Plakat der Kunstausstellung wurde mit Nazi-Symbolen versehen.*

Der Zentralbereich der Kämmerei war mittlerweile in 3 Abteilungen gegliedert, Abteilung III noch einmal in Unterabteilung A und B. Für den Stadtkämmerer arbeiteten in seinem Vorzimmer 2 Personen, für seinen Vertreter, Stadtdirektor Schein, 3 Personen.[131] Unterstellt waren dem Kämmerer das Rechnungsamt, die Stadthauptkasse, das Stadtsteueramt, das Renten- und Hinterlegungsamt und das Einziehungsamt.

Beim Rechnungsamt und bei der Stadthauptkasse fanden wesentliche Veränderungen nicht statt, im Stadtsteueramt wurden die bisher drei Abteilungen auf zwei reduziert und die Aufgaben neu

*Zur Vorbereitung der Boykottmaßnahmen und des Pogroms von 1938 ließ der Oberbürgermeister Fiehler Listen jüdischer Gewerbetreibender erstellen.*

*1938 zwang die Stadt die jüdische Gemeinde zum „Verkauf" der Hauptsynagoge an der Maxburg, um sie auf der Stelle niederzureißen.*

verteilt. Das Renten- und Hinterlegungsamt war keine neue Einrichtung, sondern die neue Bezeichnung für die ehemalige Fondskasse ab 1.Juli 1934.[132] Die größten Veränderungen gab es im Vollstrekkungsamt. Es erhielt ab 23. März 1937 einen weiter gefassten Aufgabenbereich und eine neue Bezeichnung: Einziehungsamt. Das Einziehungsamt war nun zuständig für Steuererlässe und Steuerniederschlagungen, für Pfändungen, für die Durchführung der Realsteuerreform und schließlich für die Vertretung der Stadt bei Zwangsversteigerungs-, Konkurs- und Vergleichsterminen. Für diesen letzten Aufgabenbereich wurde zusätzlich zu den beiden Abteilungen Verwaltung (I) und Vollziehung (II) eine dritte Abteilung eingerichtet.[133] Ab 1939 musste das Einziehungsamt mehr Personal beantragen, da das Arbeitspensum deutlich angestiegen war. Grund der Arbeitsüberlastung war die Judengesetzgebung des 3. Reiches: das Einziehungsamt hatte die steuerlichen Unbedenklichkeitsbescheinigungen zum Zweck der Auswanderung auszustellen und zahlreiche Konkurs-, Vergleichs- und Versteigerungstermine wahrzunehmen, wie die nüchterne Erklärung lautete.[134]

Nach der »Reichskristallnacht« ging die Stadt München bei der Ausplünderung ihrer jüdischen Bürger über die ohnehin jeglichem Recht hohnsprechenden gesetzlichen Regelungen hinaus:

*München wurde während des Zweiten Weltkrieges ein Zentrum der Rüstungsindustrie. Aktie der Firma Krauss-Maffei von 1940.*

Oberbürgermeister Fiehler verfügte, dass »Rückvergütungen von zuviel bezahlten Abgaben (an Juden) zur Kontenbereinigung zwar kassen- und buchmäßig durchzuführen (sind), die tatsächliche Auszahlung hat jedoch zu unterbleiben«.[134a]

Die verschiedenen Abteilungen der Kämmerei befanden sich inzwischen nicht mehr im Rathaus vereint. Das Stadtsteueramt war mit 115 Angestellten und 183 Beamten in die Sonnenstraße umgezogen, die Unterabteilung Hundeabgabenstelle befand sich mit 2 Angestellten und 4 Beamten in der Weinstraße Nr. 13. Die Abteilung 2 der Stadthauptkasse, die Steuerkasse mit 27 Angestellten und 122 Beamten, arbeitete nun in der Herzog-Wilhelm-Straße, also in der Nähe des Steueramts. Am Unteren Anger befand sich Abteilung IV mit 13 Angestellten und 95 Beamten, in München-Pasing Abteilung VI mit 15 Angestellten und 9 Beamten. Immerhin der größere Teil arbeitete im Rathaus: Das Renten- und Hinterlegungsamt mit 4 Angestellten und 18 Beamten, das Einziehungsamt mit 17 Angestellten und 114 Beamten, das Rechnungsamt mit 7 Angestellten und 78 Beamten (ohne Rechnungsstellen der städtischen Werke und Außenstellen) und schließlich die restlichen Abteilungen der Stadthauptkasse mit zusammen 13 Angestellten, 159 Beamten und 1 Arbeiter.[135]

*Reichsbanknote von 1942*

## Die Kämmerei im 2. Weltkrieg

Bereits im Januar 1939 begannen bei der Stadtverwaltung die Vorbereitungen für den Kriegsfall. Vorrangig wurde dabei das Personalproblem behandelt, da zu dieser Zeit alle Ämter eine angespannte Personallage meldeten. (In Deutschland herrschte seit 1938 aufgrund der Aufrüstung Vollbeschäftigung.) In einem Rundschreiben wurden die Abteilungsleiter aufgefordert, sich sofort Klarheit über die einzelnen Arbeitsgebiete und den dazu nötigen Personalstand zu verschaffen und binnen 5 Tagen einen Bericht darüber abzugeben, welche Arbeiten und wie viel Personal einzusparen sei. Wie nicht anders zu erwarten, lautet bei allen Ämtern die Antwort »Fehlanzeige«.[136]

Wie sie glaubhaft darstellen konnten, war ihnen seit 1933 durch zahlreiche Sonderverordnungen und neue Gesetze eine Unmenge neuer Aufgaben übertragen. So nannte die Stadthauptkasse z. B. die Ausgabe und Verrechnung der Reichsfettverbilligungsscheine, Bezugs- und Zusatzscheine für Konsummargarine oder das Rechtshilfeverfahren infolge des Anschlusses von Österreich und dem Sudetenland. Von den übrigen Ämtern kamen ähnliche Antwortschreiben.[137]

*Am Ende der Weltkrieges war der größte Teil der Innenstadt zerstört. Hier die Ruine des Alten Rathauses 1945.*

Eindringlich wurde dann in einem Rundschreiben vom 28. August 1939 darauf hingewiesen, dass man sofort an eine Sicherstellung des Personalbedarfs im Kriegsfall zu denken habe. Amtsvorstände und Betriebsleiter hatten alle Stellen zu überprüfen, ob sie im Kriegsfall mit einer nichtwehrpflichtigen Person oder auch einer eingearbeiteten weiblichen Kraft besetzt werden könnten, im Notfall auch mit einer Kriegsaushilfe. Schon jetzt müsste für die Ausbildung dieser Ersatzkräfte gesorgt werden, damit sie dann bei einer Mobilmachung zur Verfügung stehen würden. Dabei sollte auch eine mögliche Heraufsetzung der Wehrpflicht bedacht werden.[138] Trotz aller Bemühungen, Ersatz für die eingezogenen Männer zu finden, musste im Juni 1944 eine neue Geschäftsverteilung aufgestellt werden, da sich wegen der zahlreichen Einberufungen die Arbeitsverteilung nicht mehr mit dem alten Plan deckte.[139]

Trotz personeller Schwierigkeiten blieben die Kassen im Münchner Rathaus fast bis zum Einmarsch der Amerikaner geöffnet, denn nach dem Willen Fiehlers sollten die Dienststellen »bis zum letzten Augenblick« ihre Tätigkeit fortsetzen, um die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen.[140] Im Stadtsteueramt jedoch musste die Arbeit immer wieder unterbrochen und schließlich eingestellt werden, da das Haus durch die Luftangriffe im Dezember 1944 und Januar bzw. Februar 1945 zerstört wurde.[141]

Landeshauptstadt München **Stadtkämmerei**

*Der erste Finanzchef Münchens nach dem Krieg trug amerikanische Militäruniform. Mai 1945.*

# Der Weg zur modernen Finanzverwaltung (ab 1945)

## Haushaltsplanung in der Trümmerzeit

Als am 30. April 1945 die amerikanischen Truppen auf dem Marienplatz vor dem Rathaus standen, waren Bürgermeister und Ratsherrn geflohen; Oberrechtsrat Dr. Meister übergab als Stellvertreter des Oberbürgermeisters Stadt und Rathaus einem Major der 7. Armee. Die Stadt unterstand nun der amerikanischen Militärregierung, die vorerst Dr. Franz Stadelmayer als 1. Bürgermeister einsetzte und ab 4. Mai 1945 wieder Dr. Karl Scharnagl berief, der dieses Amt bereits bis 1933 bekleidet hatte.[142]

*1945: Die Militärverwaltung im Rathaus.*

Im Gegensatz zu den anderen Referaten blieb die Kämmerei vorerst unbesetzt. Die Geschäfte führte Stadtdirektor Schein, bisher Stellvertreter des Kämmerers, unter der Leitung eines amerikanischen Finanzoffiziers. Erst am 4. September 1945 wurde Dr. Paul Berrenberg von der Militärregierung zum neuen Kämmerer des Finanzreferats – nun wieder Referat 2 – ernannt. Die Aufgaben der Kämmerei blieben im wesentlichen erhalten, eine Umverteilung fand nicht statt. Neu dazu kamen die Abteilungen für die Vertretung der Stadt in »Kriegssach- und Nutzungsschäden an gemeindlichem Eigentum« sowie »Geltendmachen der Ersatzansprüche an das Reich«. Unterstellt war dem Kämmerer dann auch eine eigene Abrechnungsstelle für Quartier- und Naturalleistungen an die Besatzungsmacht.[143] Anlässlich der Stadtratswahl 1946 gab es den nächsten Wechsel in der Kämmerei: neuer Kämmerer wurde ab dem 1. August 1946 Erwin Hielscher, der bis 1964 im Amt bleiben sollte.[144]

In den folgenden Monaten arbeiteten sowohl die Kämmerei als auch die unterstellten Ämter unter erschwerten Bedingungen. Im Rathaus selbst war die Kassenhalle zerstört, die

Stadthauptkasse war während der Wiederherstellungsarbeiten notdürftig im Technischen Rathaus untergebracht. Dort befand sich auch das Rechnungsamt, während das Stadtsteueramt beim Dritten Orden in der Maistraße vorübergehend Zuflucht gefunden hatte, und das Einziehungsamt, dessen Standort in der Sonnenstraße ebenfalls zerstört war, einige Räume in der Herrenschule gemietet hatte. Das Renten- und Hinterlegungsamt sowie die Abteilungen I und II der Kämmerei mit der neu eingerichteten Unterabteilung für Abwicklung der Kriegsschäden der Stadt waren im Rathaus untergekommen.145 Da von der Militärregierung sofort eine Entlassung aller politisch belasteten Personen gefordert wurde, kam es auch in der Kämmerei zu schwerwiegenden Personalproblemen. Die unbesetzten Stellen konnte man nur allmählich mit Kriegsheimkehrern oder Neueingestellten besetzen, da vor allem ausgebildete Fachkräfte zu ersetzen waren, so dass noch im Sommer 1946 über Personalprobleme geklagt wurde.146

Eine geordnete Übersicht über die Finanzlage der Stadt war in den ersten Nachkriegsmonaten kaum möglich, da zuerst die Buchführung wieder neu in Gang gebracht werden musste und Klarheit darüber gewonnen werden musste, welche Ausgaben bei den veränderten Voraussetzungen überhaupt nötig waren und mit welchen Einnahmen man noch rechnen konnte. Als Stadtdirektor Schein im August 1945 einen ersten Finanzbericht vorlegte, zeigte dieser ein

*Währungsreform 1948. Die Münchner warten auf die D-Mark.*

mäßiges Defizit von 4,5 Millionen RM. (Genauere Berechnungen, die erst später möglich waren, relativierten dann das Bild etwas und München hatte so noch 1948 Schulden von rund 75 Millionen RM.)[147] Da dann im folgenden Monat die Finanzzuweisungen des Oberfinanzpräsidiums ausblieben, reichten die Barbestände der städtischen Kassen nicht mehr aus, und die Stadt musste auf die Rücklagen und das Kapitalvermögen zurückgreifen, um die Finanzierung der Ausgaben zu ermöglichen.[148]

Um den Fehlbetrag in den Kassen nicht noch zu erhöhen, wurde mit Beschluss des Finanzausschusses vom Dezember 1945 die Einlösung von Zinsscheinen der Stadtanleihen vorübergehend ausgesetzt und es wurden nur noch die Tilgungen vollzogen. Da die Stadt aber dazu gezwungen war, erneut Anleihen auszuschreiben, musste sie den Forderungen der Banken folgen und zuerst ihren alten Verpflichtungen nachkommen. Man fand schließlich zu dem Kompromiss einer teilweisen Rückzahlung und versuchte dabei vor allem soziale Härtefälle zu berücksichtigen.[149] Erst mit dem überwiesenen Finanzausgleich für 1946 zu Beginn des Jahres 1947 verbesserte sich die Lage dann etwas.

*Die ersten Geldscheine der neuen Währung sahen noch sehr amerikanisch aus.*

In München waren 45 Prozent der Bausubstanz zerstört, 300.000 Menschen waren obdachlos. Aus der Stadt Evakuierte, Flüchtlinge und Vertriebene strömten nun in die Stadt zurück und vermehrten noch das Wohnungsproblem. Neben der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Brennmaterial für den Winter stellte daher die Schaffung neuen Wohnraums das vordringlichste Problem für die Stadtspitze dar. Ein großer Teil der Aufwendungen aus der Gemeindekasse wurde demnach nicht nur im Haushaltsjahr 1946, sondern auch noch in den folgenden Jahren für Schutträumung und die Beseitigung von Kriegsschäden verwendet. (Allein für die Trümmerbeseitigung waren der Stadt Kredite von 10 Millionen RM zugesagt.) Für Fürsorge und Wohlfahrtsunterstützung waren zwar die Kosten noch 1946 nicht so hoch wie befürchtet, sollten jedoch in den Jahren darauf immer stärker ansteigen. Ein besonders hoher Betrag, nämlich 43,5 Prozent des Haushalts, entfiel auf Personalkosten, eine Summe, die über die Ergebnisse früherer Jahre weit hinausragte und nach Aussage des Kämmerers auf eine Ausweitung der Aufgaben zurückzuführen war.[150] Die Haushaltsabschlüsse der ersten Nachkriegsjahre wiesen deshalb auch regelmäßig ein Defizit auf.[151] Es wundert daher nicht, dass die städtischen Zuschüsse für kulturelle Projekte geringer ausfielen und für die staatlichen Einrichtungen sogar unterbleiben mussten, denn, so der Kämmerer, bei der Frage »was wir ausgeben müssen oder wollen oder was wir voraussichtlich ausgeben können, ..habe (ich) mich zu letzterem entschlossen.«[152]

*Erwin Hielscher war von 1946 bis 1964 der Stadtkämmerer des Wiederaufbaus.*

Mit der Währungsreform am 20. Juni 1948 begann eine neue Ära der städtischen Finanzpolitik. Zwar gingen der Stadt durch die Währungsreform Rücklagen im Wert von mehr als 430 Millionen RM verloren, jedoch wurde mit der Erstausstattung von 23,1 Millionen DM immerhin die Finanzpolitik auf eine solide Grundlage gestellt. Im nächsten Haushaltsjahr war daher auch die Abgleichung des Haushalts erreicht und die folgenden Jahre der langsam einsetzenden Wirtschaftskonjunktur verschafften der Stadt steigende Einnahmen und damit die Möglichkeiten, den Wiederaufbau in die Wege zu leiten.[153]

## Die Jahre des Wiederaufbaus

Als Erwin Hielscher in seiner Haushaltsrede vom 21. Februar 1958 für 10 Jahre Wiederaufbau Bilanz zog, konnte der Stadtkämmerer befriedigt auf einen ausgeglichenen Haushalt mit Reineinnahmen und -ausgaben von rund 417,8 Millionen DM hinweisen. Bis dahin hatte die Stadt Erstaunliches geleistet. Neuer Wohnraum musste geschaffen werden, neue Schulen wurden gebaut, ebenso Krankenhäuser, Kindergärten und Altenheime. Auch die Energieversorgung musste wiederhergestellt und schließlich verbessert werden. Dabei war München nach wie vor belastet mit hohen Ausgaben für die traditionellen Zuschussbereiche wie Fürsorge, Jugendhilfe und Gesundheitspflege,[154] eine Belastung, die sich auch in Zukunft nicht verringern sollte und noch heute zu den Sorgenkindern städtischer Finanzpolitik zählt. Ein weiteres Problem, seit langem bekannt und immer noch aktuell, an dem schließlich auch Oberbürgermeister Wimmer scheitern sollte, war das auch weiterhin unaufhaltsame Ansteigen der Personalkosten bei der Stadtverwaltung. Und da seit dem Kriegsende die Polizeihoheit auf die Stadt München übergegangen war, entstanden hierfür noch einmal zusätzliche hohe Kosten.[155]

*Neues gutes Geld: Hundert-Mark-Scheine von 1948 bis 1960.*

Natürlich waren die umfangreichen Baumaßnahmen der Nachkriegszeit nicht vom ordentlichen Haushalt zu tragen und man hatte sich bereits 1951 zu einer großen Kreditaufnahme in Höhe von 130 Millionen DM durchgerungen. Nur auf diesem Weg waren Projekte wie die neue Siedlung an der Boschetsrieder Straße oder das städtische Heizkraftwerk an der Müllerstraße zu finanzieren. Auch in den Verkehrsausbau investierte die Stadt Millionen: so waren für das Jahr 1958 insgesamt 51 Millionen DM für den Straßenbau vorgesehen, die Hälfte davon für den Verkehrsausbau.[156]

Neben der Lösung vorrangiger Probleme musste aber auch weiter gedacht werden. Schon in den 20er Jahren hatte die Stadt damit begonnen, mit dem Kauf oder dem Bau von Sportanlagen ein Freizeitangebot zu schaffen.[157] Ab den 50er Jahren trug man dem zunehmenden Drang der Städter Rechnung, ihre Freizeit auf dem Land zu verbringen. Bereits 1957 kaufte daher die Stadt München nicht nur das Prinzregentenstadion, sondern auch das Possenhofener Ufer am Starnberger See.[158] Diese weitere Ausdehnung kommunaler Aufgaben in zusätzliche Lebensbereiche war natürlich mit einer erneuten Kostensteigerung verbunden.

Nicht umsonst betrug daher der außerordentliche Haushalt 1958 rund 150 Millionen DM, wobei der Schuldendienst die stattliche Summe von 21 Millionen DM aufwies. Von 1957 bis 1961 stieg der Schuldenstand noch einmal beträchtlich: von fast 351 Millionen DM auf etwa 695 Millionen DM. Nur ein Teil dieser Schulden war für zukunftsträchtige Investitionen gedacht und konnte daher mit Gebühren gedeckt werden, so z. B. für die den Ausbau der Stadtwerke oder die Müllabfuhr. Für Krankenhäuser, Schulen und auch für die Hälfte des Wohnungsbaus dagegen mussten Steuern aufgewendet werden.[159]

*1953/54 errichtet die Stadt München ihr neues Steueramt in der Herzog-Wilhelm-Straße.*

Landeshauptstadt München **Stadtkämmerei**

*Auf diesem Gelände werden die Bauwerke für die Olympischen Spiele 1972 errichtet.*

Die Steuereinnahmen der Gemeinden setzten sich nun zusammen aus der Gewerbesteuer und der Grundsteuer, die seit der sog. Realsteuerreform (1936) nicht mehr von den Ländern, sondern den Gemeinden erhoben werden durften, und dem in der Nachkriegszeit geregelten Finanzausgleich. Die Gewerbesteuer hatte sich in der Phase des Wiederaufbaus in einem Aufwärtstrend befunden, die Steuerzuweisungen des Bundes und der Länder sanken jedoch im gleichen Zeitraum stetig.[160] Bei den riesigen Anstrengungen, die die Stadt in der Phase des Wiederaufbaus leistete, war man jedoch auf gleichbleibende und verlässliche Einnahmen angewiesen. Eine Konstante in den Haushaltsreden Münchner Kämmerer blieb daher der Ruf nach einer Reform des Finanzausgleichs, bis 1967 ohne Erfolg.

Mit dem Eberhard-Plan wurde dann erstmals der Tatsache Rechnung getragen, dass die Kommunen einen überdurchschnittlich großen Anteil an der Straßenbaulast zu tragen hatten und die Gemeinden und Landkreise erhielten daher ab 1963 das gesamte Aufkommen der Kraftfahrtzeugsteuer und einen Teil der Grunderwerbsteuer. Nach der Finanzreform 1969 verbesserte sich die Lage der Gemeinden noch einmal: ihnen flossen nun 14 Prozent des Aufkommens an Lohnsteuer und veranlagter Einkommensteuer zu, sie dagegen führten 40 Prozent ihres auf einen Hebesatz von 300 Prozent umgerechneten Gewerbesteueraufkommens an Bund und Länder als Umlage ab.[161]

## München im Olympia-Boom

Mit der Zusage, München werde im Jahr 1972 Austragungsort der Olympischen Spiele, trat die Stadtentwicklung in eine neue Phase ein. Der seit 1960, dem ersten Jahr der Ära Vogel, in Auftrag gegebene große »Stadtentwicklungsplan«, war damit, zusammen mit dem »Wirtschaftsplan« und dem »Generalverkehrsplan« überholt. Projekte wie der U-Bahn-Bau oder der Altstadtring waren zwar schon Teile der Planung, jedoch wesentlich längerfristig angelegt. Ursprünglich nicht vorgesehen waren dagegen der Bau der Olympiaanlagen auf dem Oberwiesenfeld, oder der Ausbau der Stadt zu einer Metropole, die imstande war, einen Strom von täglich mindestens 100.000 Besuchern aufzunehmen.[162]

Nach der ersten Euphorie, die 1964 nach dem Zuschlag für München als Olympiastadt geherrscht hatte, folgte 1967 die Ernüchterung. Nach den Jahren des stetigen wirtschaftlichen Aufstiegs wurde Deutschland von dem ersten der konjunkturellen Einbrüche erfasst, wie sie nun wieder die Regel werden sollten. Die inzwischen zusammen mit einem Mehrjahresprogramm eingeführte Finanzvorschau zeigte für die Jahre bis 1972 düstere Zahlen. Die Gewerbesteuer, Münchens beste Einnahme, sank beträchtlich nach unten, und der Haushalt 1967 konnte nur unter schweren Kürzungen und einer Ausgabensperre von 6 Millionen DM verabschiedet werden.[163]

Erst der Konjunkturaufschwung und die Reform des Finanzausgleichs brachten dann für das Jahr 1970 eine gewisse Erleichterung. (Allein die Gemeindefinanzreform verstärkte die Einnahmen der Stadt um 29,4 Millionen DM bei einem Gesamtbetrag an Steuereinnahmen von 653 Millionen DM.)[164]

Ausgaben und Investitionen des Mehrjahresinvestitionsprogramms für 1969 bis 1973 (mit einem Volumen von 1.274 Millionen) waren nun neben dem Olympiagelände selbst auf die wesentlichen Punkte Wohnungs- und Städtebau, Verkehrsausbau und den Ausbau kommunaler Gemeinschaftseinrichtungen konzentriert. Größeres Augenmerk legte man jetzt auch auf überregionale Verflechtungen des Stadtgebiets, sowohl im Ausbau des Schienen- und Straßenverkehrs, mit dem MVV oder dem Autobahnring als auch bei der Erholungsflächenpolitik wie dem Poschinger Weiher oder dem Ostufer des Starnberger Sees.[165]

In zunehmendem Maß investierte die Stadt nun wieder in städtische Gesellschaften. Die Stadt war beteiligt an der Gemeinnützigen Wohnungsfürsorge AG München, an der Bayern Gas GmbH und der Gasversorgung Ostbayern GmbH, an der Energieversorgung Inn-Salzach GmbH sowie der Arbeitsgemeinschaft Versuchsreaktor GmbH, an der Flughafen München GmbH, der Deutschen Städtereklame GmbH, natürlich am Tierpark Hellabrunn, am Deutschen Theater, der Münchner Messe- und Aufbaugesellschaft usw.[166]

*Der Olympia-Park wird nach den Spielen zum Volkspark der Stadt.*

Finanzplan und Mehrjahresinvestitionsprogramm der Stadt, in München bereits seit den 60er Jahren üblich, waren Schwerpunkte einer Gesetzesreform auf Bundesebene, die unter dem Eindruck der konjunkturellen Einbrüche 1967 initiiert wurde: der kommunalen Haushaltsreform vom Mai 1973. Ziel der Reform sollte die Anpassung der Gemeindehaushalte an die Erfordernisse der modernen Haushaltswirtschaft sein. Dies bedeutete einmal eine Anwendung betriebswirtschaftlicher Gesichtspunkte bei der Haushaltsführung. Zum Zweiten aber sollte diese auch den zu erwartenden konjunkturellen Entwicklungen angepasst werden und dabei antizyklisch wirken. Dabei wurde natürlich erkannt, dass die Möglichkeiten einer Beeinflussung der Konjunktur auf kommunaler Ebene nur begrenzt sind.[167]

Und so zeigt ein Blick in den Haushaltsplan 2000, dass sich inzwischen weder die Ziele noch die Probleme finanzpolitischer Planung wesentlich geändert haben. Investitionsschwerpunkte sind nach wie vor der Wohnungsbau, dann Schulen, Kindertagesstätten und Kinderkrippen, mit dem U-Bahn-Bau der Verkehrsausbau und schließlich der Infrastrukturaufwand der Stadtwerke. Und wie schon gegen Ende des 19. Jahrhunderts und nach dem 2. Weltkrieg machen die gestiegenen Personalkosten einen großen Ausgabenposten aus, den sich die Stadtverwaltung bemüht zu verringern.

## Die neue Struktur der Stadtkämmerei

Sofort im ersten Nachkriegsjahr erfolgte eine Umstrukturierung der Stadtkämmerei: die bisher 3 Hauptabteilungen wurden zu zweien zusammengelegt, in die Abteilung I, Finanzen und die Abteilung II, Steuer. Damit war im wesentlichen die heutige Grundstruktur erreicht.[168] Die der Kämmerei unterstellten Ämter behielten lange Zeit die Organisation der 30er Jahre bei; zu einer Neustrukturierung kam es hier erst in den 70er Jahren.

Der Aufgabenbereich der Stadtkämmerei blieb nach wie vor »Allgemeine Finanzfragen, die Finanzverwaltung der Stadt und der von ihr verwalteten Stiftungen«. Mit eingeschlossen war und ist auch die Mitwirkung bei der Verwaltung der städtischen Eigenbetriebe sowie eine Übernahme städtischer Aufgaben als Gewährträgerin der Stadtsparkasse und auf Ansuchen die Mitwirkung in Finanzfragen von Unternehmen und Vereinen, an denen die Stadt beteiligt ist. Im einzelnen betrifft dies vor allem den Haushaltsplan, die Kassenaufsicht sowie die Steuer- und Abgabenpflicht der Stadt, die Mittelbeschaffung über Steuern, Abgaben, Umlagen, den Finanzausgleich, Anleihen und Darlehen und schließlich die Vermögens- und Schuldenverwaltung. Enthalten sind seit 1963 auch die Gemeindefinanzstatistik und allgemeine Versicherungsfragen der Stadt. Bis in die 60er Jahre war es auch Aufgabe der Kämmerei, sich mit Kriegssach- und Nutzungsschäden an gemeindlichem Eigentum zu befassen. Mit der Gründung der Münchner Aufbaugesellschaft wurde die Betreuung dieser Gesellschaft zur neuen Aufgabe.[169]

Beim ältesten Amt der Stadtkämmerei, der Stadthauptkasse, gab es bis in die jüngsten Jahre keine grundsätzlichen Änderungen.[170] Im Rechnungsamt allerdings wurde 1968 als Neuheit das Erstellen von

*Eingang des Kassen- und Steueramts 2000.*

*Von der Dachkantine des Kassen- und Steueramts blickt man über die Türme der Stadt.*

kaufmännischen Bilanzen mit Gewinn- und Verlustrechnungen für die kostenrechnenden Bereiche eingeführt, ein erster Versuch, kaufmännisches Rechnen in einer von der kameralistischen Buchführung geprägten Verwaltung einzuführen.[171] Die Aufgabenbereiche des Renten- und Hinterlegungsamts blieben bis in die 70er Jahre erhalten, mit einer Ausnahme: Da 1967 die Stadt eine alte Tradition, die Ausgabe städtischer Anleihen, beendete (1994 wurden sie wieder neu aufgelegt), entfiel die Führung des Stadtschuldbuches der Stadt München.

Das Stadtsteueramt, dessen Gebäude in der Sonnenstraße nach den Luftangriffen der letzten Kriegsmonate vollständig zerstört war, erhielt 1954 ein neues Haus in der Herzog-Wilhelm-Straße nach den Plänen von Karl Delisle und Max Panitz. Sein Aufgabenbereich umfasst die Veranlagung, die Anordnung des Einzugs und die Anforderung der Gemeindesteuern und der Grundstücksgebühren und schließlich die Beglaubigung von Unterschriften und Abschriften, soweit die Gemeinde dafür zuständig ist. Da das Steueramt die Messbescheide zur Berechnung der Gewerbesteuer vom Finanzamt erhält, ist es als erste Stelle über die für den Haushalt des nächsten Jahres zur Verfügung stehenden Mittel informiert und erlässt auch die jährlichen Steuerbescheide. Für die früher hier geführte Einwohnerkartei und die Ausgabe der Lohnsteuerkarten ist mittlerweile das Einwohnermeldeamt zuständig.

*Hundemarken des Steueramts 1913 und 1933.*

Wie schon vor dem 2. Weltkrieg war die Aufgabe des Einziehungsamts der zentrale Vollstreckungsdienst für eigene und fremde

öffentlich-rechtliche Forderungen. (Bis 1963 gehörten auch privatrechtliche Forderungen dazu.) Dies umfasst nicht nur Stundungs-, Erlass- und Niederschlagungsanträge, Konkurs- und Vergleichsverfahren, sondern auch die Erwirkung von Vollstreckungsbefehlen und die Ausstellung von Steuer-Unbedenklichkeitsbescheinigungen z.B. für Auswanderungen, Einbürgerungen, Konzessionserteilungen und das Erlangen von Aufträgen der öffentlichen Hand.[172]

Natürlich gab es immer wieder Neuerungen in der Arbeitsweise der einzelnen Referatsbereiche, vor allem im Zusammenhang mit der zunehmenden Automatisierung bzw. der Einführung von EDV-Systemen. 1961 wurde ein Arbeitskreis gegründet, der sich mit diesem Thema befasste und die Möglichkeiten untersuchte, moderne elektronische Datenverarbeitung auch für die Stadtverwaltung nutzbar zu machen. 1965 ging man dann dazu über, im Rechnungsamt anstelle der Buchungsmaschinen das Lochkartensystem einzuführen, wobei man vorerst noch mit gemieteten Datenverarbeitungsanlagen arbeitete. Nach der Errichtung eines eigenen städtischen Rechenzentrums in der Josephspitalstraße konnte man dann dazu übergehen, Schritt für Schritt weitere Abteilungen mit der neuen EDV-Technik vertraut zu machen.[173]

Die Einführung der elektronischen Datenverarbeitung ermöglichte eine Rationalisierung der Verwaltung, die nicht nur die Arbeitsweise innerhalb der Ämter wesentlich vereinfachte, sondern aus Kostengründen bereits längere Zeit angestrebt worden war. Erst mit der neuen Datenverarbeitung war es nämlich möglich, die drei Ämter,

*Hundemarken des Steueramts 1949 bis heute.*

*Treppenbau des Steueramtsgebäudes im Stil der 50er Jahre.*

*Die neue Kassenhalle.*

die bisher mit dem Kassen- und Rechnungswesen befasst waren, zu einem Amt zusammenzufassen: seit 1978 waren Stadthauptkasse, Rechnungsamt und Einziehungsamt in einem einzigen Amt zusammengefasst, der Zentralen Stadtkasse in der Herzog-Wilhelm-Straße.[174] Bereits 1971 war im Zug der Verwaltungsrationalisierung das Renten- und Hinterlegungsamt aufgelöst und der Hauptteil der Aufgaben an die Stadtkämmerei selbst übertragen worden. Die Verwaltung der Mündelgelder liegt nun beim Stadtjugendamt.[175]

Immer noch fließt ein großer Teil städtischer Ausgaben in den Bereich »Verwaltung und Personalkosten«. Im Haushalt 1998 umfasste dieser Ausgabenposten bei einer Gesamtsumme der Ausgaben von 8.320 Millionen Mark immerhin 2.340 Millionen, also etwas mehr als ein Drittel. Ziel auch der Stadtkämmerei und der ihr unterstellten Ämter, für viele Belange der Münchner Bürger zentrale Anlaufstelle, musste daher die Kostenreduzierung sein, worunter aber die Dienstleistungen für den Bürger nicht leiden sollten. Eine neue Behördenstruktur musste also eine Reduzierung der Arbeitsabläufe innerhalb der Ämter mit gleichzeitiger Vereinfachung für den Bürger beinhalten.[176]

Bei der Zusammenlegung der beiden Ämter Stadtkasse und Stadtsteueramt zu einem Kassen- und Steueramt in den Jahren 1994 bis 1998 wurde man den Interessen beider Seiten durch die organisatorische Zusammenfassung der Arbeitsabläufe beider Ämter gerecht: Die Veranlagung zur Steuer und die Eintreibung der Zah-

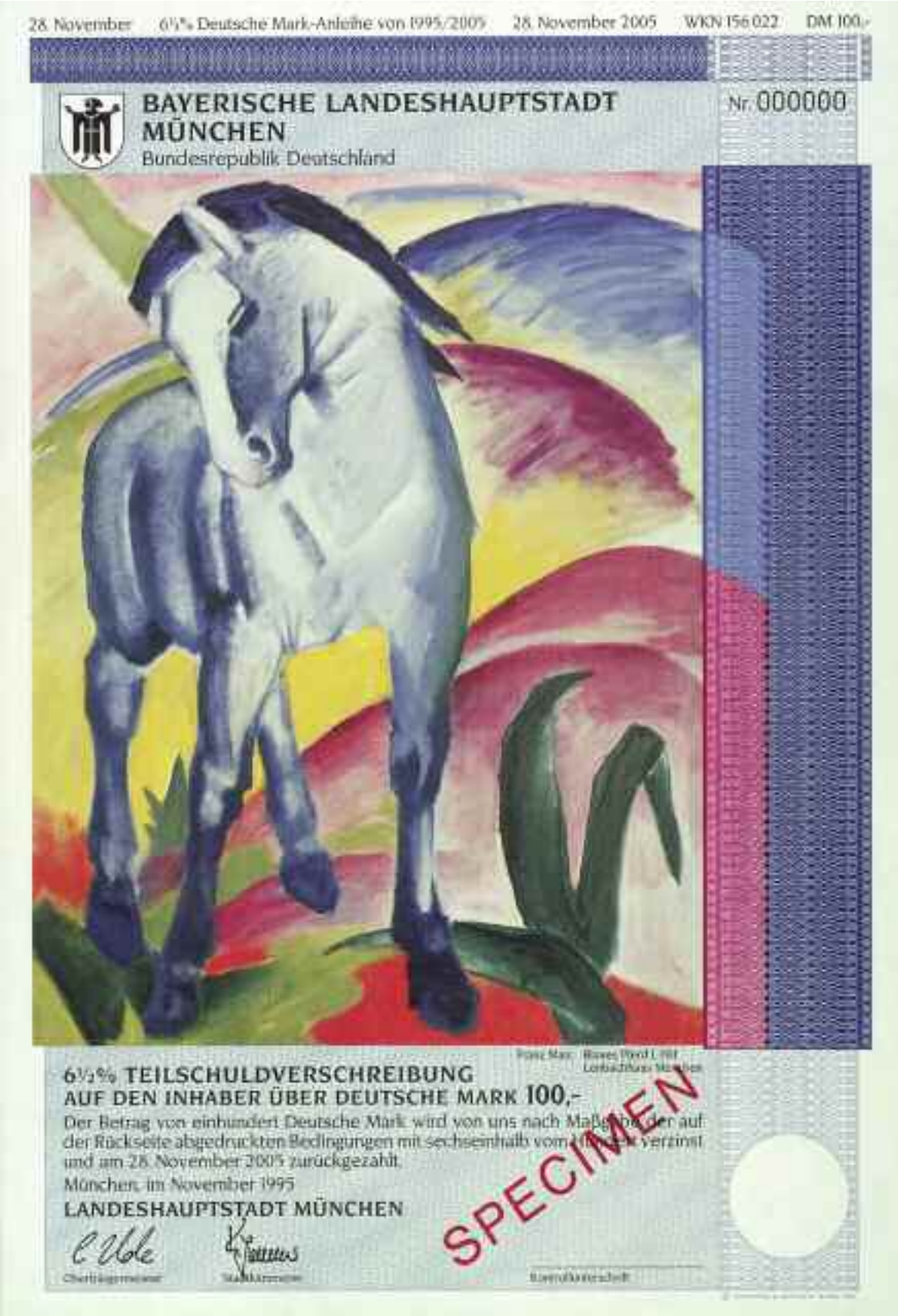
*Das 1995 erweiterte Kassen- und Steueramt am Rande der Altstadt gilt als eines der modernsten Deutschlands. In diesem Gebäude wurde 1999 18 Milliarden Mark kassenmäßig ausgegeben und 1,7 Millionen Personenkonten verwaltet.*

*1994 nahm München die Tradition der Stadtanleihen wieder auf.*

lung liegen nun, soweit als möglich, in einer Hand.[177] Was aber auf den ersten Blick eine Rückführung der Verwaltungsorganisation auf den ursprünglichen Zustand von 1870 zu sein scheint, ist in Wahrheit der Versuch einer Behörde, trotz eines immensen Anwachsens kommunaler Aufgaben seit dem Ende des 19. Jahrhunderts, diese Aufgaben zu lösen und damit den Anforderungen, die an kommunale Einrichtungen gestellt werden, gerecht zu werden.

Mit dem Haushalt 1993 wurden fachbereichsbezogene Ausgabenbudgets eingeführt. Damit wurde das althergebrachte Verfahren der Haushaltsaufstellung aufgegeben und die Steuerung des Geschehens durch die Zuteilung vorgegebener Budgets an fachlich gegliederte und partiell eigenverantwortlich handelnde Teile der Stadtverwaltung bewirkt. Zugleich wurden Zuständigkeiten für den Haushaltsvollzug dezentralisiert. Die Verfahren der Budgetierung und des dezentralen Vollzugs wurden seitdem laufend weiterentwickelt.

Ein weiterer Schritt in die Richtung einer Reform der Stadtverwaltung ist das neue Rechnungswesen der Stadt auf kaufmännischer Grundlage, für dessen Einführung sich der Stadtrat 1994 entschieden hat. Für eine produktbezogene Verteilung und für einen wirksamen und wirtschaftlichen Einsatz von Ressourcen ist ein Rechnungswesen, das Kostenkenntnis und Kostenbewusstsein bei den Verantwortlichen vor Ort ermöglicht, von entscheidender Bedeutung. Diese Erwartungen sind mit dem Neuen Kommunalen Rechnungswesen verbunden, das schrittweise ab dem Jahr 2000 eingeführt wird.




*Der Mantel (Schuldurkunde) der Stadtanleihe 1995 mit dem Motiv des „Blauen Pferdes" von Franz Marc kam als lebhaft nachgefragte Kunstanleihe auf den Markt.*

## Finanzreferenten und Stadtkämmerer

| | |
|---|---|
| 1894 | Rudolf Alberstötter |
| 1894 - 1899 | Theodor Kutzer |
| 1899 - 1918 | Max Heilgemayer |
| 1918 - 1926 | Dr. Adam Kronenberger |
| 1926 - 1945 | Andreas Pfeiffer |
| 1945 - 1946 | Paul Berrenberg |
| 1946 - 1964 | Erwin Hielscher |
| 1964 - 1973 | Helmut Gittel |
| 1973 - 1982 | Max von Heckel |
| 1982 - 1993 | Dieter Grundmann |
| ab 1993 | Klaus Jungfer |

*Das Arbeitszimmer der Stadtkämmerer wurde 1926 von Münchner Holzbildhauern gestaltet und gilt als eines der wenigen vollständig erhaltenen Amtsraum-Ensembles Süddeutschlands.*

# Die Münchner Stadtsparkasse
## seit 1824

Die Sparkassen entstanden aus der Not der kleinen Leute. Anfang des 19. Jahrhunderts gab es noch keine gesetzlichen Sozialeinrichtungen. Wer wegen Krankheit oder im Alter nicht von Almosen leben wollte, musste zu Zeiten selbst etwas auf die Seite legen. Das war für Handwerksgesellen und Dienstboten in München nicht so leicht, denn viele von ihnen lebten in Gemeinschaftsunterkünften, hatten also keinen "festen Wohnsitz" und mussten ihr Erspartes in "Geldkatzen" am Leibe bei sich tragen. Die Banken wollten mit diesen Kunden nichts zu tun haben und nahmen von ihnen keine Einlagen herein.

**Gründung und Krise**

Der Schweizer Johann Caspar Brunner brachte die Idee. Auf Vorschlag des zweiten Bürgermeisters Joseph von Utzschneider, der damals als einer der reichsten Bürger der Stadt galt, beschloss der Münchner Magistrat die Gründung einer städtischen Sparanstalt mit gemeinnützigem Auftrag. Denn Sparen hielt der bürgerliche Magistrat, lange bevor Sozialpolitik als vorrangige kommunale Aufgabe verstanden wurde, für das beste Mittel gegen Not und Verelendung. Zum Jahresbeginn 1824 nahm die "Sparkassa" ihren Betrieb am Unteren Anger auf. Bereits zehn Jahre später hatte das Institut, das als eine Dienststelle der Stadtverwaltung geführt wurde, 7.000 Kunden. Das war damals ein Zehntel der Bevölkerung Münchens.

Das Prinzip der Sparkasse war einfach und erwies sich sofort als Erfolg. Jedermann konnte, was vom Lohn übrig war, zurücklegen und auf sein Sparbuch einzahlen. Und man bekam das Geld mit Zinsen zurück, wenn es gebraucht wurde. Die Stadtgemeinde gab Sicherheit und übernahm die Garantie für die Einlage. Angelegt wurde das Spargeld bei der Königlichen Schuldenverwaltung, deren Bonität als solide galt.

Das Vertrauen in die Zahlungsfähigkeit des Staates indes erwies sich als Fehler. Während der Wirtschaftskrise 1842-1848 hoben die Münchner mehr Geld ab, als sie einzahlten, da Arbeitslosigkeit herrschte und die Lebensmittelpreise stiegen. Die Barreserven der Sparkasse gingen zu Ende. Doch die Schuldenverwaltung des Königreichs Bayern, bei der die Spargelder angelegt waren, verzögerte die Rückzahlung der Anlagen, am Ende weigerte sie sich gar. Denn

*Das Foyer der Sparkassenzentrale an der Ledererstraße. Das Gebäude wurde 1899 von dem Stadtbaurat Hans Grässel errichtet (siehe Seite 72).*

*Bereits die ersten Sparbücher zeigen das Wappen der Stadt.*

die bayerische Monarchie war zu Zeiten Ludwig I. selber klamm. Panikabhebungen im Revolutionsjahr 1848 führten am Ende zur Schließung der Schalter. Die Sparkasse war zahlungsunfähig. Elf Jahre brauchte die Stadt München, die für die Einlagen haftete, um den Schuldenberg abzutragen.

**Das Kreditinstitut der Stadt**

Dennoch erholte sich die Sparkasse schnell. 1851 wurden die ersten großen Projekte der Stadt finanziert, die Schrannenhalle und die Maximilianstraße. Seit dem Bauboom der Prinzregentenzeit ab 1880 konnten auch Privatpersonen Hypothekendarlehen bei der Sparkasse aufnehmen. 1908 erweiterte die Sparkasse ihr Kreditangebot. Neben Hypothekendarlehen bot sie nun auch das Wechsel- und Diskontgeschäft für gewerbliche Kunden an. Die ersten mechanischen Additions- und Buchungsmaschinen wurden eingeführt und ersetzten den Rechenschieber. Und 1911 eröffnete die Sparkasse den bargeldlosen Zahlungsverkehr für breite Bevölkerungsschichten.

1920 kreditierte das Institut vielen Münchner Haushalten die Kaution für einen Fernsprechanschluss. 1.000 Mark war damals für die meisten Bürger noch eine hohe Summe. Dennoch überwog noch lange Zeit die Devise "Erst sparen, dann kaufen".

*Sparbüchsen wurden erstmals 1908 ausgegeben. Im Stadtgebiet entstanden Annahmestellen für diese Spargelder.*

Wandlung brachten erst die Abschaffung der Lohntüte und die Einführung des Girokontos für jedermann nach 1960. Konsumentenkredite, später der einfache Dispokredit, förderten die Kaufbereitschaft und damit den wirtschaftlichen Aufschwung.

1928 finanzierte die Münchner Sparkasse das erste soziale Wohnungsbauprogramm der Stadt mit 5.600 Wohnungseinheiten. Überhaupt erwies sich die Neubaufinanzierung bald als wichtiger Geschäftszweig.

1933 trat eine Gesetzesänderung in Kraft, die bis heute nachwirkt. Die Sparkasse wurde aus der Organisation der Stadtverwaltung ausgegliedert und ist seitdem als öffentliche Anstalt eine eigene Rechtsperson mit gemeinnützigem Auftrag. Deshalb kann die Frage, wer denn nun Eigentümer des Kreditinstituts ist, nicht beantwortet werden. Die Stadt blieb aber Träger der Anstaltslast und Gewährträger der Sparkasse, haftet also weiterhin für die Einlagen. Der Oberbürgermeister ist Vorsitzender des Verwaltungsrates, des Hauptorgans der Sparkasse. Bei der Stadt begleitet die Stadtkämmerei als "Betreuungsreferat" die Angelegenheiten der Sparkasse, der Stadtkämmerer ist stimmberechtigtes Mitglied des Verwaltungsrates. Der Stadtrat entsendet gewählte Mitglieder in den Verwaltungsrat, darf diese jedoch nicht anweisen. Die Verwaltungsräte sind unabhängig und allein dem Gesetz und den Pflichten ordentlicher Kaufleute unterworfen.

**Finanzier des Wiederaufbaus**

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wird die Sparkasse zum Baufinanzierer des Wiederaufbaus. 1954 finanziert sie bereits 15 Prozent, 1958 gar 25 Prozent der Neubauten. Während des Baubooms vor den Olympischen Spielen 1972 erreicht sie 40 Prozent der Neubaufinanzierung. Sparkassenkredite tragen zum Bau der U-Bahn und des Mittleren Rings bei. Der Ausbau der vorbildlichen Infrastruktur der Stadt bleibt auch weiter im Blickfeld des Instituts. Den internationalen Bankkonsortien, die während der Finanzkrise 1994 und 1995 die beiden großen Anleihen der Stadt München zur Finanzierung der Investitionsprogramme übernehmen, gehört auch die Stadtsparkasse an führender Stelle mit an.

*Politische Veränderung und Zeitgeschmack beeinflussen die Gestalt der Sparbücher.*

*1991 entsteht nach einem aufwendigen Umbau der alten Hauptstelle, gestaltet von dem Architekten Paolo Nestler, im Tal das neue Kundenzentrum in der Stadtmitte. Ein Marktplatz unter dem Glasdach (rechts).*

Derweil verändert die elektronische Datenverarbeitung das Bankgeschäft, und die Stadtsparkasse übernimmt eine Vorreiterrolle. 1970 rüstet sie als erstes Kreditinstitut der Welt die Geschäftsstellen mit Online-Terminals aus. Kontenstände, zuvor auf langen Listen aufgezeichnet, können nun am Bildschirm abgefragt werden. Direkten Zugang zu ihren Konten erhalten die Kunden der Sparkasse 1977 über den ersten Online-Geldautomaten Deutschlands. Und bereits 1984 steigt das Institut in das Homebanking ein, damals noch über BTX. Heute ist die Bankverbindung über das Internet eine Selbstverständlichkeit.

*Nachkriegssparbuch.*

Die Sparkasse gründet 1976 mit der "Münchner Sparkassen Altenhilfe" ihre erste Stiftung. 1992 treten die Kulturstiftung, 1998 die Stiftung "Für Kinder und Jugendliche unserer Stadt" und 1999 die Stiftung "Straßenkunst" hinzu. Mit ihren finanzstarken Stiftungen kommt die Sparkasse ihrem gemeinnützigen Auftrag nach. Seit Jahrzehnten verzichtet die Stadt auf Gewinnabführungen und hilft damit, das Eigenkapital des Instituts zu stärken. Das kann sie tun, weil die Sparkasse eben auch einer der größten Steuerzahler in München ist.

Heute gehört die Stadtsparkasse München zu den führenden Kreditinstituten der bayerischen Finanz- und Wirtschaftsmetropole, des zweitgrößten Bankplatzes in Deutschland. Fast 3.500 Mitarbeiter sorgen in 117 Geschäftsstellen im Stadtgebiet für 672.000 Kunden, die rund 15 Milliarden Mark bei ihrer Sparkasse angelegt haben. Im 175. Geschäftsjahr nach ihrer Gründung weist das Institut eine Bilanzsumme von über 23 Milliarden Mark aus.

*Klaus Jungfer*

*1988 eröffnet die Stadtsparkasse ihr neues Verwaltungszentrum an der Ungererstraße.*

*Geldbeutelwaschen im Fischbrunnen vor dem Rathaus. Jährlich am Aschermittwoch vollziehen Oberbürgermeister und Stadtkämmerer das hergebrachte Ritual mit stets denselben Sprüchen. Der Glaube, der Zauber bewirke Fülle in der Stadtkasse, hält sich hartnäckig.*

1 StadtAM, BuR 259/2 Verwaltungsbericht 1818 – 1842/43, verfasst von Jakob Bauer, fol. 270 – 298.

2 ebd., fol. 312 – 314; Verwaltungsbericht 1843 bis 1848, S. 46. (Die unter verschiedenen Titeln veröffentlichten Verwaltungsberichte der Stadt München werden hier unter der Bezeichnung »Verwaltungsberichte« geführt.)

3 Verwaltungsbericht 1818 – 1842/43, fol. 244.

4 Stefan Fisch, Stadtplanung im 19. Jahrhundert, München 1988, S.4.

5 Verwaltungsbericht 1875/76, S. 1; S. 202.

6 Genauer zu den Einnahmen Verwaltungsbericht 1875/76, S. 1 – 49.

7 Verwaltungsbericht 1890, S. 3.

8 Dazu Fisch, S. 26; Fisch's moderne Auffassung des Begriffs »indirekte Steuern« wurde hier beibehalten.

9 Vgl. Fisch, S. 27.

10 Verwaltungsbericht 1875/76, S. 202; Fisch, S. 27.

11 Verwaltungsbericht 1875/76, S. 47 – 197.

12 Verwaltungsbericht 1899, S. 37.

13 J. Bolenz, Wachstum und Strukturwandel d. kommunalen Ausgaben in Deutschland 1849 – 1913, Diss. Freiburg 1965, S. 115.

14 Th. Guttmann, Armut in der Großstadt, München 1995, S. 122, S. 459.

15 Verwaltungsbericht 1876, Tabelle B, S. 18, S. 20; Verwaltungsbericht 1899, S. 35, S. 38.

16 Bolenz, S. 109.

17 Verwaltungsbericht 1899, S. 37.

18 E. Angermair, München als süddeutsche Metropole, in: Geschichte der Stadt München, hg. v. Richard Bauer, München 1992, S. 323.

19 Bolenz, S. 112; Verwaltungsbericht 1875/76, S. 91 – 124; Verwaltungsbericht 1889, S. 20 f.. S.a. die ff. Verwaltungsberichte.

20 Verwaltungsbericht 1890, S. 93.

21 Verwaltungsbericht 1882 – 1887, S. 123.

22 Dazu Angermair, München als süddtsch. Metropole, S. 324 f.

23 Vgl. z.B. Statistische Jbb. d. dtsch. Städte 25, 1930, S. 186.

24 Vgl. Fisch, S. 29 ff.

25 Verwaltungsbericht 1890, S. 187.

26 Verwaltungsbericht 1875/76, S. 197 – 199.

27 StadtAM, BuR 244/5, S. 6 u.S. 14.

28 StadtAM, BuR 1666, Geschäftsverteilung von 1891/93, S. 5, S. 7; Verwaltungsbericht 1892, S. 7.

29 Verwaltungsbericht 1890, S. 236.

30 Verwaltungsbericht 1875/76, S. 39.

31 Verwaltungsbericht 1875/76, S. 39.

32 StadtAM, BuR 260/6/I

33 Verwaltungsbericht 1875/76, S. 40; Verwaltungsbericht 1900, S. 59; StadtAM, BuR 260/6/I.

34 StadtAM, BuR 260/6/I.

35 StadtAM, BuR 260/6/I; Verwaltungsbericht 1875/76, S. 40.

36 StadtAM, BuR 260/6/I; Verwaltungsbericht 1875/76, S. 40; das hier, S. 198, genannte Gründungsdatum 1863 scheint nicht schlüssig, will man den Schilde-

rungen Jakob Bauers Glauben schenken, s.o. S. 1.

37 StadtAM, BuR 260/6/I; Verwaltungsbericht 1875/76, S. 40.

38 Da über die Stadtsparkasse eine eigene Untersuchung vorliegt, wird auf sie nicht mehr ausführlich eingegangen werden.

39 Verwaltungsbericht 1875/76, S. 41.

40 Verwaltungsbericht 1900, S. 62 f.

41 Verwaltungsbericht 1877/78, S. 64.

42 Dazu Verwaltungsbericht 1879 – 81, S. 116 – 121; Verwaltungsbericht 1900, S. 45.

43 Verwaltungsbericht 1900, S. 52.

44 Verwaltungsbericht 1900, S. 45 f.; S. 50 eine Liste aller 44 an die Stadthauptkasse abliefernder Einnahmestellen; S. 53.

45 Verwaltungsbericht 1876, S. 27; Verwaltungsbericht 1879/81, S. 116; Verwaltungsbericht 1900, S. 46.

46 Verwaltungsbericht 1893, S. 10; StadtAM, BuR 1666, Geschäftsverteilung 1894/96, S. 5.

47 Mit dem Tod Rudolf Alberstötters folgte Theodor Kutzer, Nachfolger Alberstötters im Kommunalreferat, in der Leitung des Finanzreferats. Und als Kutzer im Jahr 1899 einem Ruf nach Düsseldorf folgte, übernahm sein Referat erneut ein Kommunalreferent: Max Heilgemayr, der dann das Finanzreferat bis 1918 leiten sollte, s. Verwaltungsberichte 1897, S. 18 und 1899, S. 53 f..

48 Verwaltungsbericht 1900, S. 55 f.; Verwaltungsbericht 1910, S. 64.

49 Verwaltungsbericht 1900, S. 59, f.; Verwaltungsbericht 1910, S. 65.

50 Verwaltungsbericht 1900, S. 48 ; Verwaltungsbericht 1904, S. 27; Verwaltungsbericht 1910, S. 63.

51 Verwaltunsgbericht 1910, S. 66.

52 Verwaltungsbericht 1910, S. 61.

53 P. Steinborn, Grundlagen und Grundzüge Münchener Kommunalpolitik in den Jahren der Weimarer Republik, München 1968, S. 75, S. 83.

54 Die Zusammenstellung in StadtAM, Kämmerei 212.

55 StadtAM, Kämmerei 212, Umfrage des deutschen Städtetags; Verwaltungsbericht 1913 – 1920, S. 26.

56 Verwaltungsbericht 1913 – 1920, S. 45.

57 StadtAM, Kämmerei 212, Umfrage des deutschen Städtetags.

58 StadtAM, Kämmerei 212; Verwaltungsbericht 1913 – 1920, S. 29.

59 Verwaltungsbericht 1913 – 1920, S. 26.

60 StadtAM, Kämmerei 212.

61 Verwaltungsbericht 1913 – 1920, S. 27.

62 Steinborn, S. 98 – 105, zu den Ereignissen nach dem 8. November.

63 Dazu ausführlich Steinborn, S. 128 – 130.

64 W. Rudloff, Notjahre – Stadtpolitik in Krieg, Inflation und Weltwirtschaftskrise 1914 – 1933, in: Geschichte der Stadt München S. 347 f..

65 StadtAM, Kämmerei 213, Rechnungsamt v. 19. Januar 1923.

66 Steinborn, S. 250; Verwaltungsbericht 1921 – 1923, S. 7.

67 Verwaltungsbericht 1921 – 1923, S. 10.

68 Steinborn, S. 117; Verwaltungsbericht 1921 – 1923, S. 10.

69 Steinborn, S. 253 f..

70 Steinborn, S. 253 – 257.

71 Verwaltungsbericht 1921 – 1923, S. 10.

72 Steinborn, S. 255 – 257.

73 StadtAM, Kämmerei 213; inwieweit diese Vorschläge realisiert wurden, ist aus den Akten nicht zu ersehen.

74 Verwaltungsbericht 1921 – 1923, S. 9; Rudloff, Notjahre, S. 351, Steinborn, S. 261.

75 Verwaltungsbericht 1921 – 1923 S. 9 ff; Steinborn, S. 261; Rudloff, Notjahre, S. 351.

76 Verwaltungsbericht 1921 – 1923, S. 10; Steinborn, S. 262 f.

77 Steinborn, S. 262 f..

78 StadtAM, Kämmerei 213, undatierter Zeitungsartikel; Baumann, S. 15; s.a. die Etatrede Pfeiffers für 1928, StadtAM, Kämmerei 276.

79 StadtAM, BuR 253/3.

80 StadtAM, BuR 304/3, Finanzreferat v. 6. Oktober 1923; Verwaltungsbericht 1921 – 1923, S. 14.

81 StadtAM, BuR 304/3, Finanzreferat v. 6. Oktober 1923.

82 Stellenplan Stadtsteueramt in BuR StadtAM, 304/3.

83 StadtAM, BuR 304/3.

84 StadtAM, BuR 253/5 z. 19. Februar 1927 und z. 10. Mai 1927.

85 Verwaltungsbericht 1921 – 1923, S. 35 f..

86 StadtAM, BuR 1666.

87 StadtAM, BuR 304/3.

88 StadtAM, BuR 304/3; Verwaltungsbericht 1921 – 1923, S. 35.

89 Verwaltungsbericht 1909, Beilage 15.

90 Verwaltungsbericht 1921 – 1923, S. 37.

91 StadtAM, BuR 304/3.

92 StadtAM, BuR 304/3.

93 StadtAM, BuR 304/3.

94 StadtAM, BuR 304/3.

95 Verwaltungsbericht 1924 – 1926, S. 10.

96 Verwaltungsbericht 1924 – 1926, S. 14.

97 Verwaltungsbericht 1924 – 1926, S. 15.

98 Statistische Jbb. d. dtsch. Städte 25, 1930, S. 186.

99 Baumann, S. 13 f..

100 Steinborn, S. 298 f., S. 302.

101 Verwaltungsbericht 1927 – 1929, S. 57.

102 W. Rudloff, Die Wohlfahrtstadt. Kommunale Ernährungs-, Fürsorge- und Wohnungspolitik am Beispiel Münchens 1910 – 1933, Schriftenreihe d. hist. Kommission b.d. Bayer. Akad. Wiss., 1998, S. 70f..

103 Rudloff, Notjahre, S. 359

104 Verwaltungsbericht 1924 – 26, S.13; Verwaltungsbericht 1927 – 1929, S.19; Baumann, S. 19, S. 23.

105 Verwaltungsbericht 1927 – 1929, S. 49 – 54.

106 StadtAM, Kämmerei 276; Rudloff, Notjahre, S. 360.
107 Rudloff, Notjahre, S. 360.
108 StadtAM, Kämmerei 281; Verwaltungsbericht 1927 – 1929, S. 19.
109 Verwaltungsbericht 1930 – 1932, S. 24.
110 Verwaltungsbericht 1930 – 1932, S. 33.
111 Vgl. Rädlinger, S. 54 f..
112 Verwaltungsbericht 1930 – 1932, S. 20; Rudloff, Notjahre, S. 367; Rudloff, Die Wohlfahrtsstadt, S. 889.
113 U.Haerendel, Hauptstadt der Bewegung, in : Geschichte der Stadt München, S. 373; H.Hanko, Die nationalsozialistische Machtübernahme im Münchner Rathaus, in: Hauptstadt der Bewegung, S. 196 – 205, S. 202 – 204.
114 StadtAM, Kämmerei 1837, Geschäftsanweisung v. September 1940.
115 H.Hanko, Kommunalpolitik in der Hauptstadt der Bewegung 1933 – 1935, in: Bayern in der NS-Zeit III, S. 329 – 443, S. 367.
116 StadtAM, Kämmerei 1837, z. 19.1.1934.
117 StadtAM, BuR 253/6 ,
118 StadtAM, Kämmerei 1837, Rechnungsamt v. 9.1.1939.
119 Verwaltungsbericht 1933/1934 – 1935/1936, , S. 30.
120 Haerendel, S. 372; Hanko, Kommunalpolitik, S. 405.
121 Hanko, Kommunalpolitik, S. 405.
122 Verwaltungsbericht 1933/1934 – 1935/1936, S. 44.
123 Hanko, Kommunalpolitik, S. 413.
124 P. Erker, Die Stadt im Krieg, in: Hauptstadt der Bewegung, S: 454 – 462, S. 458.
125 Haerendel, S. 379.
126 StadtAM, Kämmerei 1954; Kämmerei 2468.
127 StadtAM, Kämmerei 2468.
128 StadtAM, Kämmerei 1954.
129 Verwaltungsbericht 1933/1934 – 1935/1936, , S. 43.
130 StadtAM, BuR 253/9, zu einer Neufassung der Geschäftsverteilung v. 14. Dezember 1937.
131 StadtAM, Kämmerei 1837, Geschäftsverteilung für die Verwaltung 1943.
132 StadtAM, Ämterkartei.
133 StadtAM, Kämmerei 1837; Ämterkartei.
134 StadtAM, Kämmerei 1837, 9. Januar 1939.
134a StadtAM, Polizeidirektion 420
135 StadtAM, Kämmerei 1837, Verzeichnis v. 5.6.1939.
136 StadtAM, Kämmerei 1837.
136 StadtAM, Kämmerei 1837.
136 StadtAM, Kämmerei 1837.
139 StadtAM, Kämmerei 1837.
140 Erker, S. 462.
141 StadtAM, BuR 2513, Finanzreferat v. 17. August 1945.
142 W. Selig, Chronik der Stadt München 1945 – 1948, S. 42 f..
143 Selig, S. 74; StadtAM, BuR 1678; BuR 2354.
144 StadtAM, Kämmerei 276.
145 StadtAM, BuR 2513, Vorspann zum Finanzbericht 6. September 1945.
146 StadtAM, Kämmerei 276.
147 StadtAM, BuR 2513; vgl. H.Wacker, Nachlassverwaltung oder demokratische Erneuerung? Münchner Kommunalpolitik nach 1945, in: Trümmerzeit in München, hg.v. F.Prinz, München, 1984, S. 39 – 60, S.51; Selig, S. 376.
148 StadtAM, BuR 2513.
149 StadtAM, BuR 2513.
150 StadtAM, BuR 2513; Kämmerei 276, Rede v. 21. Januar 1947.
151 StadtAM, Kämmerei 276.
152 StadtAM, Kämmerei 276, Rede v. 21. 1. 1946.
153 N. Krieg, Solang' der Alte Peter, in : Geschichte der Stadt München, S. 405; Wacker, S.52.
154 StadtAM, Kämmerei 282, Haushaltsrede v. 23.3.1955.
155 N. Krieg, S. 394 – 413, S. 408 f.; StadtAM, Kämmerei 276, Haushaltsrede v. 21.2. 1958.
156 StadtAM, Kämmerei 276, Haushaltsrede v. 21.2. 1958.
157 Steinborn, S. 287.
158 StadtAM, Kämmerei 276, Haushaltsrede v. 21.2.1958.
159 StadtAM, Kämmerei 276, Haushaltsrede v. 21.2.1958; Rede v. 5.6.1962; Rede v. 2.3.1962.
160 StadtAM, Kämmerei 276; zu den Steuerzuweisungen s. R. Krumsiek, Zwischenbilanz z. Gemeindefinanzreform, in: Archiv f. Kommunalwiss. 10, 1971, S. 54 – 69, S. 55
161 Vgl. Krumsiek; H.Frey/F.Greimel/H.Schieder, Der kommunale Finanzausgleich in Bayern, München 1981, S. 6 – 9.
162 Vgl. Krieg, Die Weltstadt mit Herz, in: Geschichte der Stadt München, S. 413 – 424, S. 417 f..
163 StadtAM, Kämmerei 276, Haushaltsrede v. 1.6.1967.
164 StadtAM, Kämmerei 254, Haushaltsrede Dr. Vogel v. 15.10.1970.
165 ebd..
166 ebd..; StadtAM, BuR 3314.
167 Vgl. den Gesetzestext v. Mai 1973, P. 1.3, P.2 und P.3.
168 StadtAM, Kämmerei 276, Leistungsbericht 1946.
169 StadtAM, BuR 2360 Geschäftsplan 1956; BuR 3314 Geschäftsplan 1963; BuR 3314, Aufgabengliederungsplan 1976.
170 Dazu und a.z. folgenden StadtAM, BuR 2360; BuR 3314.
171 StadtAM, BuR 3314 zu Januar 1968.
172 StadtAM, BuR 2360; BuR 3314.
173 Stadtkämmerei, Informationsverarbeitung v. 22.12.1998.
174 ebd.; Mittlg. Stadtkämmerei v. 22.12.1998.
175 Mittlg. Stadtkämmerei v. 22.12.1998.
176 Stadtkämmerei München, Bekanntgabe im gemeinsamen Finanz-, Verwaltungs- und Personalausschuss v. 24. Juni 1998.
177 ebd..

Im Jahre 1318 begann die Stadt München, ihre Finanzvorfälle in Jahresrechnungen aufzuzeichnen. Seit dieser Zeit existiert eine Kommunalbehörde, die die Einnahmen und Ausgaben der Stadt planmäßig verwaltet, eben die Stadtkämmerei. Nach dem Bürgermeisteramt ist die Kämmerei das älteste Dezernat der Münchner Stadtverwaltung.

Diese Broschüre beschreibt die wechselvolle Geschichte der Stadtkämmerei München im 19. und 20. Jahrhundert. Die Archive der Stadt und der Sparkasse haben zu ihrer Bebilderung beigetragen. So war es möglich, die Geldscheine, die im 19. und 20. Jahrhundert in München als Zahlungsmittel im Verkehr waren, aber auch die Anleiheurkunden der Stadtgemeinde und die Sparbücher der Bürger, als Dokumente der Lokalgeschichte im Zusammenhang wiederzugeben.